



Protokoll

der 50. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 21. Januar 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Balz Herter, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär</i> <i>Sabine Canton, II. Ratssekretärin</i> <i>Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Zaira Espositio (SP), Pascal Pfister (SP), Nicola Goepfert (BastA!), Béla Bartha (Grüne/jgb)</i>

Verhandlungsgegenstände:

46.	Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen	3
47.	Anzug 9 Catherine Alioth und Konsorten betreffend Sicherstellung der gleichwertigen Darstellung der Bildungswege in kantonalen Dokumenten	4
48.	Interpellation Nr. 117 Harald Friedl betreffend Magazin «klybeck plus», Oktober 2025, Schreiben des RR	5
49.	Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Zwischenbericht des RR....	5
50.	Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öV-Erschliessung der Nordspitze Dreispitz und Gundeldingen, Schreiben des RR.....	8
51.	Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte, Schreiben des RR.....	8
52.	Interpellation Nr. 123 Daniel Albietz betreffend St. Antonius und der Klimaschutz – Eiszeit bei der Denkmalpflege, Schreiben des RR	10
53.	Interpellation Nr. 130 Pascal Messerli betreffend gesperrter neuer Kunstrasen auf dem Rankhof: Verschärft sich die Sportplatzkrise, Schreiben des RR	11
54.	Interpellation Nr. 134 Johannes Barth betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz im Bereich Palmenstrasse/Ahornstrasse, Schreiben des RR	11
55.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik, Schreiben des RR.....	12
56.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Stärkung des Forschungsstandorts im Bereich Klima, Schreiben des RR.....	13
57.	Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einsetzung einer regierungsrätlichen Klimakommission in Basel-Stadt, Schreiben des RR	13
58.	Anzug Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum, Schreiben des RR	14
59.	Anzug der Bildungs- und Kulturkommission betreffend Abgeltung an die Museen für Schulklassenbesuche, Schreiben des RR.....	14
60.	Interpellation Nr. 115 Eric Weber betreffend Angriffe auf das Gemeinwohl - Attacken auf Lokalpolitiker haben fatale Folgen für die Kommunen, Schreiben des RR	14
61.	Interpellation Nr. 122 Luca Urgese betreffend Dachterrasse auf der alten Hauptpost: eine verpasste Chance!, Schreiben des RR	15
62.	Interpellation Nr. 132 Oliver Bolliger betreffend keinen Rückbau der Superblock-Tests bis zur definitiven Auswertung, Schreiben des RR	17
63.	Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen, Stellungnahme des RR	17
64.	Interpellation Nr. 135 Ivo Balmer betreffend Verkauf von Bauland in Augst (BL) – Warum verkauft Immobilien Basel-Stadt (IBS) schon wieder Boden, Schreiben des RR	22



65.	Motion Johannes Sieber und Michela Seggiani betreffend Verbot von Konversionstherapien in Basel-Stadt, Zwischenbericht des RR	22
66.	Motion Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich, Stellungnahme des RR	23
67.	Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR.....	25



Beginn der 50. Sitzung

Mittwoch, 21. Januar 2026, 15:00 Uhr

46. Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen

[21.01.26 15:00:33, 25.5515.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Als kleine Information: Ich plane, meine Schlussrede gegen 17 Uhr zu halten, damit alle, die das noch möchten, sich noch umziehen, Rucksack deponieren oder sonst was können, bevor wir um 18.30 Uhr in der Mägi weiterfahren.

Wir fahren fort mit Traktandum 46. Das Wort hat Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Wir bestreiten diesen Anzug, weil wir mit der Grundprämisse, von der er ausgeht, nicht einverstanden sind. Wir finden nicht, dass es ein Problem ist, wenn die Fachmaturitätsquote hoch ist. Im Vorstoss wird gesagt, dass es Fachbereiche an der FMS gibt, in denen es auch eine berufliche Grundbildung gibt und dass sich diese Berufslehre dann mit der FMS konkurrenziert. Und das stimmt ja eben genau nicht, weil wenn man die FMS macht, dann bereitet man sich auf ein Studium vor. Und das macht man ja mit der Lehre nicht und man kriegt auch keinen EFZ-Abschluss an der FMS.

Wenn, dann wäre es ja die WMS, weil dort kann man in vier Jahren das eidgenössische Fähigkeitszeugnis EFZ als Kauffrau oder Kaufmann erwerben. Die WMS konkurrenziert eine Berufslehre, weil es eben der gleiche Abschluss ist, aber die FMS, die tut das nicht. Und darum finden wir diesen Vorstoss nicht sinnvoll. Wir möchten diesen Angriff auf die FMS nicht unterstützen, weil wir finden, es bringt keinen Mehrwert und es stärkt auch nicht wirklich die Berufsbildung. Und darum sollte es ja eigentlich in diesem Vorstosspaket gehen und deswegen sind wir dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Dass die FMS-Quote in Basel-Stadt im schweizerischen Vergleich hoch ist, ist unbestritten. Bisher haben wir statistisch nicht erhoben, wie erfolgreich die Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss der FMS im Tertiärbereich sind. Diese Fragestellung ist sinnvoll und wir werden die Daten beim Bundesamt für Statistik bestellen und für unseren Kanton auswerten.

In einem zweiten Schritt werden wir auch prüfen, ob und wenn ja in welchen fachlichen Bereichen eine Konkurrenzsituation zwischen FMS und beruflicher Grundbildung besteht und was man dagegen tun kann. Wir wollen die Allgemeinbildung nicht gegen die Berufsbildung ausspielen, sondern dafür sorgen, dass wir im Kanton ein ausgewogenes Angebot haben, damit alle Schülerinnen und Schüler eine passende Anschlusslösung an die Sek II finden. Wir sind darum bereit, diesen Anzug entgegenzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring hat das Schlusswort.

Joël Thüring (SVP): Besten Dank für das Votum von Regierungsrat Mustafa Atici, der ja im Namen des Regierungsrates bereit ist, diesen Anzug entgegenzunehmen. Regierungsrat Mustafa Atici hat auch ausgeführt, weshalb die Regierung bereit ist, diesen Anzug entgegenzunehmen und das bitte ich selbstverständlich auch. Denn es ist anders, als wir vor dem Mittag gehört haben von Oliver Bolliger und jetzt auch noch einmal nach der Mittagspause von Jessica Brandenburger. Wir haben keinesfalls mit diesem Anzug beabsichtigt, die FMS schlecht zu reden, im Gegenteil. Die Fachmaturitätsschule leistet selbstverständlich auch bei uns hier in Basel-Stadt einen wichtigen Beitrag im Bildungssystem und gerade deshalb ist es richtig, dass wir die Ausrichtung und die Wirkung der FMS auch regelmässig überprüfen. Auch eine FMS muss sich letztlich



daran messen lassen, ob sie die Ziele erreicht und ob sie eben gerade diesen bereits genannten Bedürfnissen von Lernenden, aber auch der Wirtschaft und der Gesellschaft gerecht wird.

Und deshalb glaube ich, ist es richtig, wenn wir diese Ausrichtung nun überprüfen, denn die vorliegenden Zahlen, die wir heute schon kennen, zeigen, dass das eigentliche Bildungsziel, welches die FMS hat, nicht immer in allen Fällen auch tatsächlich erreicht wird. Wir wissen, dass ein erheblicher Teil der Absolventinnen und Absolventen auch noch Jahre nach der Fachmaturität keine Tertiärausbildung abgeschlossen hat und gleichzeitig weist Basel-Stadt eben auch eine überdurchschnittlich hohe Fachmaturitätsquote auf. Sie ist doppelt so hoch wie im schweizerischen Durchschnitt und hat sich in den Jahren 2017 bis 2022 verdoppelt. Das ist kein Vorwurf, sondern ein bildungsstrategisches Warnsignal.

Und deshalb, glaube ich, ist es wichtig, dass wir hier schauen, in welchen Bereichen wir allenfalls Verbesserungen vornehmen können. Wir müssen selbstverständlich auch aufpassen, dass die FMS keine faktische direkte Konkurrenz zur beruflichen Grundbildung ist, denn in Bereichen mit stark praxisorientierten Berufsbildern zeigt sich, dass die Fachmaturität wird oft als Ersatz für eine Lehre wahrgenommen wird, obwohl sie nicht primär für den direkten Berufseinstieg konzipiert ist, und gleichzeitig sinkt, das wissen wir, der Anteil von Personen mit einem EFZ-Abschluss respektive er steigt nicht so, wie wir es uns eigentlich vorstellen und wie es auch der schweizerische Durchschnitt ansonsten aufzeigt.

Wir sind der Meinung, dass zur Stärkung des dualen Berufsbildungssystems eben diese Stärken der verschiedenen Bildungswege auch eingehalten werden müssen, diese Stärken auch ausgelebt werden müssen und hier glauben wir, ist es richtig, wenn nun der Regierungsrat mit diesem Anzug eben auch prüft, wie er die Ausrichtung der FMS noch zielgerichteter verbessern kann, so dass dieses Instrument, den Weg über die FMS zu gehen, auch sinnvoll von Schülerinnen und Schülern respektive Schulabgängerinnen und -abgängern benutzt werden kann.

Deshalb noch einmal, dieser Anzug verlangt keinen Abbau, er verlangt auch keine ideologische Neuausrichtung der FMS. Es soll nun lediglich analysiert werden, ob die FMS ihre Bildungsziele erreicht und wir erwarten uns vielleicht auch seitens des Regierungsrates Vorschläge, wie sie so ausgerichtet werden kann, dass sie nicht in Konkurrenz zur Berufslehre steht. Deshalb freue ich mich, wenn Sie mithelfen, diesen Anzug dem Regierungsrat, so wie er es wünscht, zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 31 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008198, 21.01.26 15:08:36]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug überweisen mit 57 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

47. Anzug 9 Catherine Alioth und Consorten betreffend Sicherstellung der gleichwertigen Darstellung der Bildungswege in kantonalen Dokumenten

[21.01.26 15:08:50, 25.5516.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.



Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

48. Interpellation Nr. 117 Harald Friedl betreffend Magazin «klybeck plus», Oktober 2025, Schreiben des RR

[21.01.26 15:09:10, 25.5485.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Es ist ja schon eine Weile her seit der Einreichung dieser Interpellation. Der Regierungsrat hätte ja Zeit gehabt, hier ausführlich zu antworten. Ich denke auch, die Interpellation wäre eine Chance gewesen, Vertrauen zu schaffen. Leider, leider muss ich sagen, ist die Antwort des Regierungsrats in meinen Augen zu ausweichend und nichtssagend.

Zum Beispiel in Frage 1 habe ich gefragt, wer denn die Publikation initiiert hat. Darauf antwortet der Regierungsrat nur, dass der Vorschlag im Vorfeld der Präsentation des Richtprojekts im Dezember erfolgte. Ich muss also zur Kenntnis nehmen, dass dies nicht publik gemacht werden soll. Ich könnte jetzt noch weitere Beispiele aufführen, ich will Sie aber nicht langweilen.

Ich habe einige wenige Erkenntnisse aus dieser Interpellationsantwort aber trotzdem heraushören können. So wissen wir jetzt, dass die Publikation insgesamt 120'000 Franken gekostet hat, wovon der Kanton einen Drittel berappte, und dass der Inhalt von einem externen, aber uns nicht bekannten Kommunikationsbüro erstellt wurde. Der Kanton hat lediglich den Inhalt auf Korrektheit überprüft.

Insgesamt konnten mit dieser Beantwortung die Bedenken der Unabhängigkeit im ganzen Prozess bei mir und bei weiteren leider nicht aus der Welt schaffen. Ich erkläre mich daher als nicht zufrieden mit der Beantwortung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

49. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Zwischenbericht des RR

[21.01.26 15:11:15, 19.5281.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein erstes Votum. Dann starten wir direkt mit der Fraktionssprechenden Lisa Mathys für die SP.

Lisa Mathys (SP): Wir beantragen von Seite der SP-Fraktion, diese Motion abzuschreiben.

Die Bevölkerung hat im November 2024 den Ausbau der Autobahnen abgelehnt. In der Beantwortung der Motion respektive im Bericht wird ganz klar darauf Bezug genommen, dass man da eben noch nicht sicher sei, ob doch ein Rheintunnel kommt. Für uns ist ganz klar, Stand heute hat die Bevölkerung das abgelehnt, der Rheintunnel ist tot, es gibt keinen Rheintunnel, entsprechend kann man und soll man diese Motion abschreiben.

Was wir als besonders stossend empfunden haben, ist, dass der Bundesgerichtsentscheid zur Einführung von Tempo 60 in der Nacht angeführt wird als teilweise Erfüllung oder Weg hin zu einer Erfüllung. Ich weiss nicht ganz, wie es gemeint sein soll. Fakt ist, dass wenn man auf einer Autobahn in der Nacht 60 fährt, dann ist es immer noch eine Autobahn. Das ist kein



Rückbau, auch nicht in einem funktionellen Sinn, und entsprechend hat das überhaupt gar nichts zu tun mit der Forderung, die in der Motion eigentlich enthalten war.

Für uns ist klar, sollte der Bundesrat wieder einen Autobahnausbau in unserer Region planen, dann tut er das erstens gegen den Volkswillen und zweitens müssen wir das dann neu beurteilen und dann anschauen, was dann die Optionen sind. Aber das müssen wir dann angehen und die Motion, die sich hier ganz klar um den Rheintunnel dreht, hat sich für den Moment erledigt.

In diesem Sinne beantragt die SP-Fraktion, diese Motion abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat Harald Friedl das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Es mag Sie vielleicht auf den ersten Blick erstaunen, dass die Fraktion, aus der die Motion ursprünglich stammte, hier für Abschreiben votiert und Ihnen das beantragt. Lisa Mathys hat vieles schon vorweggenommen, das ich auch sagen wollte. Ich persönlich muss sagen, dass ich den Inhalt der Motion eigentlich immer noch sehr sinnvoll finde. Diese A2, das wissen Sie selber auch, zerschneidet diese Stadt, die Anwohner:innen leiden unter Lärmgestank, unter Feinstaubemissionen und es ist fast unerträglich, dort direkt an dieser Autobahn zu wohnen.

Also wie schon gesagt, diese Autobahn gehört meiner Meinung nach weg. Leider muss ich konstatieren, dass der Regierungsrat aber nicht bereit ist, den Kerninhalt dieser Forderung näher zu verfolgen. Er bringt Vorschläge der Temporeduktion. Das finden wir super, das bringt einiges, und auch noch weitere Massnahmen, aber die Motion fordert eben noch viel mehr und da sehen wir jetzt in der Beantwortung keinen Lösungsansatz.

Lisa Mathys hat es schon gesagt, auch wir von der Fraktion GRÜNE/jgb sind der Meinung, dass mit dem Nein des Volksmehrs eigentlich der Rheintunnel vom Tisch ist. Es braucht jetzt neue Ansätze, es braucht jetzt neue Gedanken dazu. Und wie die SP-Fraktion werden wir uns mit Händen und Füssen dagegen wehren, falls der Bundesrat den Rheintunnel in dieser Form wieder auf das Tapet bringt, so wie wir das auch schon beim ersten Projekt getan haben. Und wir sind zuversichtlich, dass auch das Stimmvolk hier seine Meinung nicht in so kurzer Zeit ändern wird.

Daher beantragen auch wir Abschreiben dieser Motion und behalten uns vor, mit anderen Mitteln wieder Vorstösse zu machen, wenn neue Vorschläge kommen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Sie wird entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Finden Sie auch, dass statt die Motion stehenzulassen nun vorangetrieben werden sollte, dass die beschlossenen Lärmschutzmassnahmen umgesetzt werden und zwar früher als ein allfälliger Autobahnausbau erfolgt?

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Unbedingt, ich habe auch darauf hingewiesen, dass die Situation unerträglich ist für die Anwohnenden, da muss jetzt auch vorwärts gemacht werden, da stimme ich Ihnen zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich weiss schon nicht, welche Realität wir hier drin zum Teil leben. Die Autobahn muss weg. Ja, das kann man als Meinung vertreten, aber dann soll mir doch bitte mal jemand erklären, was denn die Alternative ist. Wie wollen Sie das machen? Wollen Sie die Brücke sprengen und dann einfach den Leuten sagen, so jetzt gibt es da keine Autobahn mehr nach Deutschland, es gibt keinen Verkehr mehr, es kommt kein Cargo mehr in die Schweiz, es ist alles vorbei.

Ich glaube, es ist schon langsam Zeit, jetzt ein bisschen Realität in diese ganze Verkehrsdiskussion hineinzubringen. Die ganze Zeit bieten wir Hand, wenn es um den Banknotenpunkt geht, wenn es um das Herzstück geht, wir bieten Hand, wir kämpfen mit Ihnen mit. Wenn es um die Autostrassen geht, habe ich das Gefühl, leben Sie in einer ganz anderen Realität.

Ich war gestern in Zürich mit einem bösen Auto, ich bin nach Hause gefahren vom Flughafen. In Zürich sind alle Engpässe beseitigt, in Zürich hat man keinen Stau mehr. Wo man vor Jahren jahrelang im Stau gestanden ist, wenn man die Nordumfahrung macht, ist heute kein Stau mehr oder mindestens viel weniger Stau. Und dann kommt man nach Basel, beziehungsweise man steht schon bei der Windrose. Ich weiss nicht, wieso Sie denken, wir könnten die Zukunft lösen in



dieser Stadt, ohne dass wir die Autoinfrastruktur ausbauen. Ich weiss es wirklich nicht. Es hat mir auch noch niemand eine Antwort geben können, aber der Rheintunnel ist da und die Autobahn muss weg. Also einfacher geht es wirklich nicht mehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Sie wird entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Sie haben gesagt, wir wollten diese Brücke sprengen. Wir sind gerade dafür, dass man die Motion, die den Rückbau fordert, abschreibt und Sie wollen die Motion stehen lassen. Ich habe nicht verstanden, was Sie uns vorwerfen.

Daniel Seiler (FDP): Man kann mich ja korrigieren, aber Harald Friedl hat vorher gesagt, diese Autobahn müsse weg. Und wenn ich das falsch verstanden habe, dann müsste man mich korrigieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, wir müssen schon noch einmal die Motion ansehen und was sie fordert. Sie fordert eine Untertunnelung der Osttangente, also sie fordert einen Tunnel und somit die Verlagerung der Osttangente unter den Boden und dann den Rückbau der Osttangente. Wer sagt, dass es komisch sei, dass die Regierung sich nicht für einen Rückbau der Osttangente einsetzt, obwohl es keinen Rheintunnel gibt, verkennt, dass das in der Motion so vorgesehen ist. Ich glaube, es ist schon wichtig, hier in Erinnerung zu rufen, dass wir auf der Osttangente 75% Regionalverkehr haben. Es ist nicht ausschliesslich Nord-Süd-Verkehr aus dem Ausland oder etwas Vergleichbares, das sich auf der Osttangente bewegt, sondern eben auch sehr viel Regionalverkehr. Wenn man heute ohne Alternative die Osttangente zurückbauen würde, würde das bedeuten, dass sehr viele Autos mehr durch die Quartiere fahren würden. Also das ist wirklich keine Alternative.

Ob Sie jetzt hier diese Motion stehen lassen respektive die Frist erstrecken oder ob Sie sie abschreiben, ist gar nicht so relevant. Tatsache ist, dass der Rheintunnel über die Analyse, die bei der ETH in Auftrag gegeben wurde wieder im Gespräch ist, sie wurde analysiert von Ulrich Weidmann. Was jetzt der Bundesrat mit dieser Ausgangslage oder mit diesen Ergebnissen macht, das wird er sehr bald bekanntgeben, voraussichtlich in etwa einer Woche oder in den nächsten zwei Wochen, im Zuge der Eckwerte zu Verkehr 45. Dann wissen wir, ob der Rheintunnel von Seiten Bund wieder aufs Tapet kommt, und dann müssen wir uns hier überlegen, wie wir damit umgehen.

Also unabhängig davon, was wir mit dieser Motion machen, wir werden uns irgendwie dazu verhalten müssen. Hier denken wir jetzt aber, dass es Sinn macht, die Frist zu erstrecken, wie wir beantragen, und wir bitten Sie nach wie vor, die Motion stehen zu lassen, weil wir nach wie vor davon ausgehen, dass der Wunsch ist, dass auch entsprechende Massnahmen auf Stadtgebiet getroffen werden, wenn ein Rheintunnel kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lisa Mathys hat den Antrag auf Abschreiben gestellt, deshalb stimmen wir darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008202, 21.01.26 15:21:59]

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Fristerstreckung entschieden mit 49 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung.

50. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öV-Erschliessung der Nordspitze Dreispitz und Gundelingen, Schreiben des RR

[21.01.26 15:22:13, 18.5165.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

51. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte, Schreiben des RR

[21.01.26 15:22:37, 24.5270.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Salome Bessenich hat sich gemeldet.

Salome Bessenich (SP): Ich möchte kurz erklären, wieso sich die SP-Fraktion hier für Abschreiben ausgesprochen hat, denn wir sind natürlich grundsätzlich weder gegen Gauben noch gegen Dacheinschnitte. Der Grund ist relativ einfach, es wurde schon zweimal überwiesen beziehungsweise stehen gelassen und es ist nicht viel passiert. Wir sind auch nicht sicher, ob es zielführend ist, bei den Dächern quasi auf dieser Detailebene zu legiferieren.

Die Regierung führt das aus – ich hatte gehofft, dass Regierungsrätin Esther Keller das vielleicht auch nochmal kurz erklärt -, dass auch schon einiges im Gange ist bei den Dächern in Basel-Stadt. Das sehen wir auch aktuell beim Ratschlag Blockrandbebauung, der in der Bau- und Raumplanungskommission in Beratung ist. Wir kennen das auch alle, dass man von irgendeinem Projekt hört oder ein konkretes Gebäude sieht und denkt, hier wäre doch so eine gute Lösung möglich. Aber die Auswirkungen sind dann eben nicht immer so einfach vorherzusehen. Das sieht man jetzt auch beim Blockrandgeschäft, wo wir gewisse Lockerungen bei den Dachvorschriften wieder rückgängig machen müssen, die bei den Zonen 2a zu unsinnigen Lösungen geführt haben.

Vielleicht noch ein Hinweis auf diesen Ratschlag, der ebenfalls vorsieht, dass sich die Berechnung des Lichteinfallswinkels etwas verändert, etwas vereinfacht wird, wodurch aus unserer Sicht ebenfalls die Möglichkeiten bei einem Dachausbau zu Wohnraum eben verbessert werden sollten.

Und vielleicht dies noch als letzter Hinweis seitens der SP: Für uns ist es ganz wichtig, auch nicht nur auf Gauben oder Dacheinschnitte einzuwirken, sondern wir wünschen uns eigentlich oder wollen das weiter forcieren, dass es eben Vereinfachungen fürs Bauen im Bestand ganz allgemein gibt, für Umbauten, für Aufstockungen und so weiter. Und auch da ist die BRK dran, aber das dauert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bruno Lötscher hat das Wort.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich beantrage Ihnen natürlich das Stehenlassen dieses Anzugs. Ich verstehe nicht ganz, weshalb die Regierung den Anzug als erledigt abschreiben möchte, wir haben ja offensichtlich einen Ratschlag in der BRK, anlässlich dessen dieses Thema mitdiskutiert wird. Als erledigt abschreiben könnte man ihn allenfalls, wenn wir das dann im Parlament behandelt haben. Das ist der normale Fall, das ist der klassische Fall sogar.



Hier wird offensichtlich, dass man möglicherweise eben sehr zurückhaltend ist, sehr zurückhaltend bleiben will in diesen Fragen. Wir brauchen aber dringend zusätzlichen Wohnraum in Basel. Wir haben viele ungenutzte Estrichflächen in Basel, wo mit ökologisch sinnvollem Aufwand relativ rasch nötiger, wichtiger Wohnraum geschaffen werden könnte. Diese Nachverdichtung ist möglich unter Schonung der wirklich knappen Ressource Boden hier in Basel. Ich würde mich sehr dafür einsetzen, dass wir hier vorwärts machen und auch genügend Licht zulassen in diesen Situationen, Licht, wie man das heute erwarten darf beim modernen Wohnungsbau, dass wir nicht nur Lücken zulassen, durch die man drinnen praktisch die Taschenlampe braucht auch tagsüber, sondern dass man da etwas grosszügiger denkt, dass man wohnen kann in Basel auf Wohnflächen, die an sich schon überbaut sind und existieren.

Ich bin ja zuversichtlich und hoffe, dass da ein guter Vorschlag kommt, aber wir sehen ja dann, was kommt und wir können ja dann abschreiben. Vielleicht wollen wir aber auch sagen, doch, es wäre sinnvoll, den Druck noch etwas zu erhöhen, denn ich habe zwischen den Zeilen schon auch gelesen, dass man den Eindruck hat, es sei ja gut, wie das bis jetzt ist, denn die Gerichte würden ja die häufigen negativen Entscheide immer stützen. Das überrascht nicht, weil die Gesetzeslage halt eben so ist, und es ist eben an uns, die Gesetzeslage so zu ändern und zu verbessern, dass eben eine etwas grosszügigere Behandlung dieses Wohnraums, dieser Estrichräume möglich würde und dass wir hier dann tatsächlich einen schnellen Schritt nach vorne machen können, um die Wohnsituation etwas zu verbessern.

Ich bitte Sie dringend, diesen Anzug noch stehenzulassen, wir können ihn dann immer noch abschreiben, wenn wir wissen, was genau geschieht mit dem Ratschlag, der in Aussicht steht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich war jetzt ehrlich gesagt gerade froh um diese Kurzdebatte. Es ist tatsächlich so, dass wir einfach sagen als Regierung, wir haben ja schon Änderungen vorgeschlagen, die befinden sich aktuell in Beratung, und was wir im Moment nicht sehen, ist, parallel zu dieser Beratung nochmals etwas auszuarbeiten und das dann nochmals in Beratung zu geben.

Ich habe Sie, Bruno Lötscher, jetzt aber so verstanden, dass das auch nicht so gemeint ist, dass es eher auch als Zeichen zu werten ist an die Kommission bezüglich Stossrichtung. Ich bin sehr froh, dass wir das präzisieren konnten. Es ist klar, wir werden dann wahrscheinlich in zwei Jahren noch nicht viel mehr berichten können, je nachdem wollen Sie ihn dann auch abschreiben, je nach Resultat der Beratung in der BRK. Es war einfach die Intention des Regierungsrats, zu sagen, wir möchten jetzt nicht parallel zu dieser Beratung nochmals zum gleichen Themenfeld einen Vorschlag bringen, sondern wir möchten zuerst die Beratung in der BRK abwarten, dann auch schauen, was das in der Praxis bedeutet, weil immer wieder stellt sich der Gesetzgeber etwas vor, Sie und wir, und in der Praxis ergeben sich dann neue Problematiken, die man dann wieder korrigieren möchte.

Also wenn das so ist, wie ich Sie jetzt verstanden habe, ist es auch nicht problematisch, den Anzug stehen zu lassen. Ich wusste nicht, ob Sie die Erwartung hatten, dass wir jetzt parallel etwas erarbeiten. Aber das ist nicht der Fall. Aber der offizielle Antrag des Regierungsrates lautet nichtsdestotrotz abzuschreiben und eben zu warten, was in der Beratung der BRK herauskommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 53 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0008205, 21.01.26 15:30:33*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 53 gegen 40 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

52. Interpellation Nr. 123 Daniel Albietz betreffend St. Antonius und der Klimaschutz – Eiszeit bei der Denkmalpflege, Schreiben des RR

[21.01.26 15:30:46, 25.5526.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ich darf vorwegnehmen, dass ich mit der Antwort nicht zufrieden bin. Zufrieden könnte ich sein, wenn in der Antwort eingeräumt worden wäre, dass der durch dieses Parlament ausgerufene Klimanotstand beim Denkmalschutz bisher ignoriert wurde respektive zu wenig in die Ermessensbetätigung der Denkmalpflege eingeflossen ist und dass dies in Zukunft ändern soll. Nichts dergleichen aber bei der Antwort auf meine Interpellation. Zwar ist sie juristisch zu einem guten Teil korrekt formuliert, aber sie bleibt letztlich blutleer und technokratisch. Man könnte die Antwort weniger beanstanden, wenn ich bei der mündlichen Begründung der Interpellation nicht noch auf den ausgerufenen Klimanotstand hingewiesen und ein Beispiel einer gut eingepassten Solaranlage auf einem denkmalgeschützten Kirchengebäude im Bild in diesem Ratssaal gezeigt hätte.

Nun, worum ging es? Eine Kirchgemeinde in Basel möchte einen Beitrag zur klimaverträglichen Energieproduktion leisten und wird vom Denkmalschutz daran gehindert. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, Solaranlagen auf Kulturdenkmälern von kantonaler und nationaler Bedeutung seien weiterhin baubewilligungspflichtig und dürfen diese nicht wesentlich beeinträchtigen. Ob eine Solaranlage ein Kulturdenkmal wesentlich beeinträchtigt, liege in erster Instanz im Ermessensspielraum der kantonalen Denkmalpflege. Also es handelt sich klar um ein Ermessen. Und darum geht es doch. Wird das Denkmal durch eine Solaranlage in Form von Dachziegeln in diesem Fall wesentlich beeinträchtigt? Und ich komme zum Schluss, das Ermessen wurde hier leider in die falsche Richtung betätigt.

Bei diesem Gebäude ist das Dach ohnehin nur sehr beschränkt einsehbar. Bei der Interpellationsbegründung habe ich eben auch gezeigt, dass mit Solarziegeln denkmalverträgliche Lösungen möglich sind. Darauf geht die Antwort mit keinem Wort ein, dass eben Lösungen möglich wären, die beide Interessen quasi bedienen.

Dann wird noch gesagt, dass der Verzicht auf diese Solaranlage vernachlässigbar sei. Meine Damen und Herren, 110 Haushalte wären durch diese Anlage mit Strom versorgt worden. Und wenn ich mir dann überlege, dass das vernachlässigbar ist, dann muss ich schon sagen, die Ausrufung des Klimanotstandes ist der Verwaltung offenbar egal. Wenn bei einer Spendenaktion im Rahmen der Katastrophenhilfe jedoch jeder Rappen zählt, dann zählt beim Klimanotstand wohl jede Kilowattstunde. Hier einfach zu sagen, es sei vernachlässigbar, das finde ich schon ein bisschen einfach.

Und es geht eben ums Mindset, das offenbar auch bei der Denkmalpflege Schwierigkeiten bereitet, nämlich Ermöglichen oder Verhindern. Und offenbar ist die Denkmalpflege hier auf der Verhinderungsseite und es ist die Verwaltung des Stillstands, obwohl hier dringlich gesagt wurde, wir müssen in jeder Hinsicht Fortschritte erzielen in der nachhaltigen Energieproduktion.

Was mich auch ärgert bei solchen Interpellationsantworten ist, dass Fragen nicht vollständig beantwortet werden, hier insbesondere die Fragen 5, 6, 7 und 9. Insbesondere habe ich danach gefragt, wie viel Energieleistung durch die verhinderten Solaranlagen verloren ginge. Es wurde zwar die Zahl genannt, aber nicht, wie viel da an Kilowattstunden nicht produziert wird. Auch auf die Frage der Solarziegel ging der Regierungsrat nicht ein. Das finde ich besonders ärgerlich. Er ging auch nicht darauf ein, wie dem Klimaschutz in der Interessenabwägung mehr Gewicht gegeben werden kann und auch nicht auf die Frage, welche Bedeutung Regierungsrat und Verwaltung in der täglichen Arbeit diesem Klimanotstand zumessen, der durch das Parlament ausgerufen wurde.

Zunächst werde ich nun prüfen, ob ich mit einer schriftlichen Antwort die fehlenden Antworten noch einfordern muss, und ausserdem werde ich prüfen, inwiefern die Solaroffensive bei denkmalgeschützten Gebäuden tatsächlich eine Verbesserung erzielt und ob bezüglich Interessenabwägung im Denkmalschutz nicht zusätzlich gesetzlich nachgebessert werden muss. Ich bin nicht zufrieden mit der Antwort.



Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

53. Interpellation Nr. 130 Pascal Messerli betreffend gesperrter neuer Kunstrasen auf dem Rankhof: Verschärft sich die Sportplatzkrise, Schreiben des RR

[21.01.26 15:35:23, 25.5536.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Pascal Messerli (SVP): Ich nehme die Antwort des Regierungsrates zur Kenntnis, zufriedenstellend ist sie jedoch nur teilweise. Der Regierungsrat bestätigt, dass der neue Kunstrasen auf dem Rankhof wegen unzureichender Wasserdurchlässigkeit gesperrt werden musste und dass das Problem in der obersten Rasenschicht, konkret im verwendeten Sand liegt. Damit ist klar, es handelt sich nicht um einen Bagatellfall, sondern um einen funktionalen Mangel an einem erst wenige Wochen alten Millionenprojekt.

Ich bin froh, ist aktuell – und ich betone aktuell – das Problem aber behoben. In der Antwort geht nämlich nicht ganz klar hervor, was passiert, wenn es wie im Herbst dauerregnet. Etwas witzig finde ich dann die Antwort auf meine Frage 4. Der Regierungsrat hält in der Antwort fest, dass es bei den letzten sieben Kunstraseneinbauten, unter anderem auch auf der Schorenmatte, keine vergleichbaren Herausforderungen gab. Das ist insofern bemerkenswert, als dass es auf der Schorenmatte bis heute gar keinen Kunstrasen gibt. Joël Thüring und der VFR Kleinhüningen haben sich hier also offensichtlich vergebens gefreut.

Positiv zur Kenntnis nehme ich aber, dass der Regierungsrat künftig eine engere Begleitung beim Einbau und bei der Nachbesserung ankündigt. Das ist jedoch kein Fortschritt, sondern sollte bei Projekten dieser Grössenordnung ja eigentlich auch selbstverständlich sein. Die Interpellation hat aber ihren Zweck erfüllt. Sie zeigt, dass bei der Planung, Qualitätskontrolle und Risikoabschätzung weiterhin Handlungsbedarf besteht. Entscheidend wird sein, ob aus diesem Fall tatsächlich Lehren gezogen werden, damit Kunstrasen in Basel künftig das leisten, was sie auch versprechen, nämlich verlässliche Sportinfrastruktur für unsere Vereine.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

54. Interpellation Nr. 134 Johannes Barth betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz im Bereich Palmenstrasse/Ahornstrasse, Schreiben des RR

[21.01.26 15:37:48, 25.5540.02]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Johannes Barth (FDP): Vielen Dank für die Antwort, die teilweise zufriedenstellend ist. Es ist ein grösseres Thema und für die Anwohner dort eigentlich fast nicht haltbar, dass man dies jetzt einfach so auf die lange Bank schiebt.

Im Moment ist die Birmansgasse-Kreuzung hälftig gesperrt und somit eine Aussage über den Rückstau in der Ahornstrasse nicht möglich. Bis vor einer Woche, als die Sperrung gemacht wurde, war es noch immer dramatisch, wie auf dem Film von Bajour gezeigt wurde. Der Rückstau blockiert die Velofahrer, diese müssen stehen bleiben und können gar nicht bis nach vorne fahren und von der eigenen Ampel profitieren, so wie es eigentlich in der Interpellationsbeantwortung steht. Einige weichen dann natürlich aufs Trottoir aus, und das ist sicher nicht die Idee, aber es ist ein Fakt und dadurch auch nicht gerade angenehm für die normalen Bürger, die auf dem Trottoir laufen möchten.



Wenn man die Situation anschaut und die Allschwilerstrasse und die Ahornstrasse miteinander vergleicht, würde man feststellen, dass man dies mit Sicherheit optimieren könnte. Nur ist es immer die Frage der Zeit, denn wenn die Baustelle noch länger läuft, dann bringt es nichts, wenn wir dann in einem bis zwei Jahren eine Antwort erhalten, dass dies ein Problem gewesen wäre. Von der Ahornstrasse aus kann man links und rechts in den Spalenring abbiegen, zudem geradeaus in die Birmannsgasse herunter. Von der Allschwilerstrasse aus, sie ist breiter, übersichtlicher und erst auf Tempo 30 reduziert worden, kann man nur rechts, warum auch immer. Wenn hier auch links abgebogen werden könnte, würde man die Ahornstrasse entlasten, also ein einfaches Mittel. Wenn die Ahornstrasse für Veloverkehr geöffnet werden würde, nachdem sie ja nicht begrünt wird, könnten die Velos, die aus der Allschwilerstrasse kommen, geradeaus fahren. Dies als Beispiel, wie man die Ahornstrasse entlasten könnte ohne grosse Studien und Kommissionsarbeit. Der Rückstau wäre nicht mehr so gross und der Velofahrer wäre nicht blockiert.

Also das Fazit: Aktuell kann man die Situation wegen der Baustelle nicht beurteilen, aber man muss die Ahornstrasse unbedingt entlasten, und zwar je schneller, desto besser. Die Allschwilerstrasse mehr einzubinden, wäre ein Lösungsansatz. Dies kann ich nur so stehen lassen und hoffe darum auf baldige Lösung. Somit bin ich mit der Antwort teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

55. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik, Schreiben des RR

[21.01.26 15:40:51, 21.5754.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Jo Vergeat hat sich gemeldet.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Auch die grüne Fraktion wird sich hier für Abschreiben aussprechen, dennoch möchte ich zu diesem und den nächsten zwei Anzügen gerne kurz Stellung nehmen. Wir erinnern uns vielleicht noch vage daran, auch in der Spezialkommission Klimaschutz gab es grosse Einigkeit insbesondere darüber, dass wir viel zu wenig nahe an der Wissenschaft arbeiten, dass wir hier drinnen Lösungen ausarbeiten, die nicht aufgehen, die nicht genug fundiert abgestützt sind, und es war grosse Einigkeit über alle Parteien hinweg, dass insbesondere diese Beziehungen sich verbessern müssen und dass es eine Annäherung braucht zwischen der Politik und der Wissenschaft, aber auch eben der Verwaltung.

Jetzt ist sehr viel Zeit vergangen und ich habe nicht unbedingt das Gefühl, dass es sich seitdem extrem etwas verbessert hat. Nein, eigentlich eher im Gegenteil, immer wieder greifen wir die Wissenschaft sogar an, weil es einfacher ist, Klimaschutz abzulehnen, wenn wir nicht genau auf die wissenschaftlichen Fakten schauen. Und dabei ist jetzt eigentlich die essenziellste Zeit, wir haben nämlich die Ziele gesetzt, aber wir müssen die Umsetzungen angehen und diese müssen im Einklang mit den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen fungieren.

Dementsprechend höre ich auch immer wieder von Universität und Fachhochschulen, wie wichtig es wäre, dass es einen engeren und direkteren Austausch gibt, dass die Kommissionen enger zusammenarbeiten, aber eben auch die Verwaltung. Und ich glaube, da ist es extrem wichtig, dass wir als Uni Basel in dem europäischen Umfeld auch die neuesten Erkenntnisse von anderen Städten, von grossen Städten einbeziehen können. Denn nur wenn wir informiert entscheiden, entscheiden wir hier drin richtig. Deswegen finden wir es eigentlich nicht sinnvoll, das einfach abzuschreiben, aber weil wir auch anerkennen, dass wir manchmal Geschäfte loswerden müssen, wird vermutlich etwas Neues eingereicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beat K. Schaller hat sich gemeldet.

Beat K. Schaller (SVP): Ich bin hier als Einzelsprecher und äussere eine andere Meinung als die Fraktion der SVP. Ich bitte Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. Vielleicht erinnern Sie sich noch, an der letzten Sitzung vor Weihnachten haben wir ja über diese verschiedenen Anzüge zur Klimathematik gesprochen. Ich habe damals das hohe Lied der Wissenschaft gesungen. Ich bin nach wie vor überzeugt, mit einer einzigen guten Innovation, Entwicklung, können wir weltweit für Klima und Umwelt mehr erreichen, als wenn wir auf unseren paar Quadratkilometern mit CO₂-freiem Beton oder mit lokalem Holz arbeiten.



Wir sind hier in unserem Kanton in einer einzigartigen Position, dass wir wirklich nicht nur im Bereich Life Sciences, sondern auch im Bereich Umwelt und Klima etwas für die ganze Welt erreichen können. Wir haben hier auf diesen paar Quadratkilometern so viel Gehirnschmalz versammelt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass wir hier etwas Neues entwickeln können, das allen zugutekommt, nicht nur unserem Kanton, sehr hoch ist. Es ist angezeigt, dass wir dem Regierungsrat immer wieder einmal vor Augen halten, was er hier tun soll, dass er sich aktiv mit diesem Thema beschäftigt und dem Grossen Rat regelmässig Bericht erstattet. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen und denen, die das tun, danke ich recht herzlich dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wünscht eine Vertretung des Regierungsrates das Wort? Das ist nicht der Fall. Daher kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008210, 21.01.26 15:45:56]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug abschreiben mit 87 gegen 6 Stimmen bei einer Enthaltung.

56. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Stärkung des Forschungsstandorts im Bereich Klima, Schreiben des RR

[21.01.26 15:46:11, 21.5753.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Antrag als erledigt abzuschreiben. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

57. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einsetzung einer regierungsrätlichen Klimakommission in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[21.01.26 15:46:32, 21.5488.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Auch hier verzichtet der Regierungsrat auf ein Votum. Es wurde auch hier kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.



58. Anzug Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum, Schreiben des RR

[21.01.26 15:47:35, 23.5473.02]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

59. Anzug der Bildungs- und Kulturkommission betreffend Abgeltung an die Museen für Schulbesuche, Schreiben des RR

[21.01.26 15:47:37, 20.5252.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Das ist nicht der Fall. Franziska Roth hat sich als erste gemeldet.

Franziska Roth (SP): Ich spreche für die SP und zum letzten Mal auch in meiner Rolle als Präsidentin der BKK. In der BKK haben wir ganz kurz über die vorgeschlagenen Änderungen in Bezug auf die Abgeltung der Schulbesuche in den Museen gesprochen. Teile der Kommission sind zwar der Ansicht, dass Schulbesuche nach den effektiven Kosten abgerechnet werden sollten, im Anzug wird aber lediglich verlangt, dass ein anderes Finanzierungsmodell vorgelegt werden muss, was mit dieser Anzugsbeantwortung nun vorliegt.

Sehr gut dünkt die BKK, dass diese Änderungen in Zusammenarbeit mit den Museumsdirektionen erarbeitet worden sind und dass die Direktorinnen und Direktoren mit dem nun vorliegenden Vorschlag einverstanden sind. Dies zumindest haben wir so in den vergangenen Hearings mit den Museen vernommen. Die BKK ist entsprechend mit Abschreiben auch einverstanden. Allerdings wird sich die BKK die Freiheit nehmen, an weiteren Hearings mit den Museen nachzufragen, ob das neue Modell jetzt die gewünschte Wirkung erzielt. Und zudem bittet die BKK das Präsidialdepartement über die Ergebnisse, die mit dem Kanton Basel-Landschaft über die Vereinbarungen betreffend die gegenseitigen Leistungen der kantonalen Museen getroffen worden sind, in der Kommission zu berichten.

Das war es für mich, ich bedanke mich ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit mit Ihnen allen. Ich habe viel Freude erlebt und ich freue mich jetzt aber auch auf mehr Freizeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

60. Interpellation Nr. 115 Eric Weber betreffend Angriffe auf das Gemeinwohl - Attacken auf Lokalpolitiker haben fatale Folgen für die Kommunen, Schreiben des RR

[21.01.26 15:49:39, 25.5482.02]



Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich war mit dieser Interpellation der Zeit voraus, ich habe die Interpellation abgegeben, bevor Basler Lokalpolitiker angegriffen worden sind. Es ist in der Zeitung gekommen, Joël Thüring ist angespuckt worden, eine Politikerin aus Basel-Landschaft ist zurückgetreten, weil sie als lesbisch beschimpft worden ist, und das sind immer mehr Fälle. Ich habe diese seitenlangen Interviews in der Basler Zeitung gar noch nicht gelesen.

Ich bin mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden und ich muss das wirklich jetzt auch begründen. Ich bin wieder erschrocken, wie unsere Regierung mit uns Grossräten umspringt. Das kann man sich nicht vorstellen, ich kenne das nicht von anderen Parlamenten. Die Regierung sagt auf meine vier Fragen, Fragen zur Sicherheit des Ratsbetriebes seien direkt an den Grossen Rat zu richten. Aber meine Damen und Herren, die Antwort ist falsch. Ich stelle einmal fest, es ist die Regierung, welche die Securitas angestellt hat hier im Rathaus für die Sicherheit. Leider gibt es die Securitas nicht mehr. Dann ist eine private Firma gekommen, die billiger ist, über die es zahlreiche Beschwerden gibt, weil die Leute ständig am Handy sind, anstatt aufzupassen, wer hereinkommt. Ich habe schon öfters gesagt, in der Mittagspause kommen ganze Touristengruppen, das finde ich nicht okay.

Meine Damen und Herren, als Journalist möchte ich das einmal durchspielen. Ich habe vier Fragen gestellt und diese Fragen sind nicht beantwortet worden. Ich habe gefragt in Frage 1, ob die Regierung bereit sei, den Schutz für die Parlamentssitzungen im Basler Rathaus zu erhöhen. Die Frage ist nicht beantwortet worden. Aber ich gebe jetzt die Antwort für die Regierung. Die Regierung sagt, «das ist uns egal». Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, drei Kantonspolizeien, Basel-Stadt, Baselland, sogar vier, Solothurn und Kanton Bern haben diesen jungen Mann verhaftet in der Berufsschule, der mir geschrieben hat, er komme in den Grossen Rat, mache einen Amoklauf und erschiess mich. Der ist verhaftet worden und ich bin dankbar, dass die Akte 800 Seiten hat. Ich habe sie angeschaut bei der Staatsanwaltschaft Olten und dann hat man festgestellt, dass der das von der Berufsschule im Kanton Bern verschickt hat und der junge Mann ist dann verhaftet worden und ist in Untersuchungshaft nach Basel gekommen. Mein Anwalt hat gesagt auf meine Frage gestern, warum die Polizei 800 Seiten Akten gemacht habe und ihn unbedingt finden wolle, ich solle daran denken, was in Zug passiert sei. Im Kanton Zug sind zwei Regierungsräte erschossen worden und 14 Kantonsparlamentarier.

Die Frage 2 ist auch nicht beantwortet worden. Da frage ich, warum die Regierung Sicherheitstüren im Rathaus habe einbauen lassen, aber nur für den Trakt Rathaus und Verwaltung und nicht für den Trakt Basler Parlament. Die Antwort auf die Frage 2 wurde damals gegeben, in der Zeitung, es sei wegen Eric Weber. Aber das kann doch nicht sein, ich bin hoch anständig und ich muss einfach sagen, als Grossrat bin ich nicht einverstanden, wenn man ohne Anmeldung nicht mehr in die Grossratskanzlei hineingehen kann, wie früher, da konnte man die Sachen abgeben und so weiter. Heute muss man unten an der Pforte bitten, hereingelassen zu werden.

Die Frage 3 lautete: Ist es richtig, dass in den letzten Monaten zahlreiche schriftliche Drohungen bei der Regierung eingegangen sind? Wurden Strafanzeigen gegen unbekannt gestellt? Auch diese Frage wurde nicht beantwortet. Ich will wissen, wie die Regierung bedroht wurde und es gibt diese Bedrohungen bestimmt. Auch die Frage 4 wurde nicht beantwortet, nämlich wie der Gesamtregierungsrat in den letzten fünf Jahren bedroht worden sei. Es hat ja auch einmal geheissen vor 15 Jahren, ein Regierungsrat habe Polizeischutz gebraucht.

Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden, meine Fragen wurden nicht beantwortet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

61. Interpellation Nr. 122 Luca Urgese betreffend Dachterrasse auf der alten Hauptpost: eine verpasste Chance!, Schreiben des RR

[21.01.26 15:55:08, 25.5490.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



Luca Urgese (FDP): Ich weiss nicht, wie es Ihnen ging, als das Projekt Hauptpost veröffentlicht wurde mit diesen netten Illustrationen, da hat sich bei mir zumindest Vorfreude eingestellt, insbesondere bei diesem Bild mit der Rooftop-Bar hat es mir durchaus angetan und ich erhoffte mir, dass da ein weiterer beliebter Aufenthaltsort in unserer Stadt entstehen würde an einem doch zentralen und historisch bedeutsamen Ort. Umso grösser war natürlich die Enttäuschung, als klar wurde, dass es die Kantonsverwaltung ist, die in diesen schönen Räumlichkeiten Einzug hält, und dass ich mit dieser Enttäuschung nicht alleine war, sieht man ja an anderen Interpellationen und den Äusserungen in den Medien von Ratskolleginnen und Ratskollegen. Nun können wir der Antwort des Regierungsrates auf meine Interpellation entnehmen, dass der Markt das geregelt habe, ob es eine zusätzliche Bar im obersten Stock gibt und dass es der Regierungsrat nicht als Aufgabe des Kantons erachte, die obersten Stockwerke von Liegenschaften im Privatbesitz mit Mitteln aus dem Staatshaushalt für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ich gebe gerne zu, als ich diese Antwort gelesen habe, musste ich etwas lachen. Ich konnte mir vor dem geistigen Auge gerade die Freude der Verfasserin oder des Verfassers vorstellen, endlich eine Gelegenheit zu haben, einem Freisinnigen zu erklären, wie der Markt funktioniert und was nicht Aufgabe des Kantons ist. Also sprechen wir doch mal über den Markt und über die Aufgaben des Kantons. Selbstverständlich ist es so, dass die Liegenschaft der alten Hauptpost in privatem Eigentum ist, die Eigentümerin also selber entscheiden kann, wem sie ihre Räumlichkeiten vermieten will. Das macht zwar die Enttäuschung nicht kleiner, ist aber letztlich als Entscheid einer privaten Eigentümerin zu akzeptieren. Nur, das ist natürlich nur die eine Seite des Marktes.

Eine ebenso wichtige Seite des Marktes ist der Preis, in diesem Fall die Miete und die Bereitschaft des Marktes, diesen Preis zu bezahlen. Wir konnten lesen, dass sich die Miete für diese Büroflächen im obersten Preissegment der Basler Innenstadt bewege. Und wie sich über mehrere Monate gezeigt hat, gab es keinen Privaten, der bereit war, diesen Preis zu bezahlen. Man könnte auch sagen, die Miete war zu hoch. Auf dem Markt passiert nun folgendes, die Miete sinkt auf einem Preis, den der Markt auch wirklich hergibt. Das funktioniert aber natürlich nur dann, wenn nicht der Staat kommt und bereit ist, die Miete zu bezahlen, die von Privaten nicht bezahlt wird. Damit verzerrt der Staat den Markt also auf Kosten der Steuerzahlenden. Also sollte er nicht unbedingt mit dem Markt argumentieren, dieses Argument hinkt beträchtlich.

Der Regierungsrat will keine Auskunft darüber erteilen, was die Mietkonditionen sind. Öffentlich hat er verlauten lassen, die Mietkonditionen am neuen Ort seien vergleichbar mit den bisherigen Mietkosten an den bestehenden Standorten der fünf betroffenen Abteilungen. Achten Sie auf die sprachlichen Feinheiten. Sie sind vergleichbar. Sie sind nicht gleich hoch, sie sind nicht tiefer, das hätte der Regierungsrat uns sicherlich noch so gerne mitgeteilt, sie sind vergleichbar oder mit anderen Worten, sie sind höher als bisher. Nun würde ich sagen, wenn man bisher fünf Standorte hatte und neu nur noch einen Standort, dann sollte man dadurch tiefere Mietkosten erzielen können, aber Prestige kostet halt. Aber wenn schon bei uns in unmittelbarer Nähe das Staatsarchiv bald den Standort zügelt, hätten man sich beispielsweise auch fragen können, ob nicht diese Räumlichkeiten besser geeignet und vor allem günstiger gewesen wären.

Wie auch immer, wir kommen zu den Aufgaben des Staates. Ich freue mich, wenn der Regierungsrat künftig sehr konsequent überprüft, was Aufgabe des Kantons ist und was nicht, nicht nur im Rahmen der generellen Aufgabenüberprüfung. Dass es nicht seine Aufgabe ist, eine Rooftop-Bar zu betreiben, sei geschenkt. Ich freue mich darauf, wenn er diese Haltung konsequent weiterführt und wenn er dann zum Schluss kommt, dass es nicht Aufgabe des Kantons ist, ein vom Markt nicht nachgefragtes Angebot namens Velospot künftig mit Steuergeldern am Leben zu halten und weil auch das nicht hilft, mit einer Gratisnutzung für Staatsangestellte die Nutzerzahlen künftig nach oben zu drücken. Oder wenn er zum Schluss kommt, dass es nicht Aufgabe des Kantons sei, via Instagram unter dem Titel «Umwelt Basel» den Menschen zu sagen, wo sie einkaufen sollen und zu vermitteln, dass man ja nicht bei Geschäften von Billionären einkaufen soll. Dass es bisher gar keine Billionäre gibt und nicht einmal Elon Musk ein Billionenvermögen hat, muss man wohl als unsorgfältige Übersetzung abtun. Aber wenn es um die Erziehung seiner Bürgerinnen und Bürger geht, dann scheint auch Kapitalismus kritische Polemik zu den Aufgaben des Kantons zu gehören.

Ich freue mich also, wenn der Regierungsrat sich künftig verstärkt marktorientiert verhält und konsequent überprüft, ob seine umfassenden Tätigkeiten tatsächlich alle Aufgaben des Kantons sind. So viel kann ich heute schon sagen, die Nachfrage des Interpellanten auf den politischen Wissensmarkt konnte durch den Anbieter Marke Regierungsrat nicht befriedigt werden. Ich bedanke mich für die Antwort, aber ich bin nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



62. Interpellation Nr. 132 Oliver Bolliger betreffend keinen Rückbau der Superblock-Tests bis zur definitiven Auswertung, Schreiben des RR

[21.01.26 16:00:22, 25.5538.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Falls Sie die Antwort der Regierung auf meine Interpellation gelesen haben, wird es Sie wohl kaum erstaunen, dass ich mit dieser Antwort überhaupt nicht zufrieden bin. Die Antwort ist aus meiner Sicht enttäuschend und mutlos. Mir ist ja schon klar, wenn man etwas gar nicht will und dann vom Parlament dazu verpflichtet worden ist, dann unternimmt man natürlich auch nicht viel, um irgendwelche pragmatische Lösungen oder Ansätze zu finden, sondern man argumentiert mit Gesetzeslage und Rahmenbedingungen. Ich muss Ihnen schon sagen, ich habe den Eindruck, dass die Regierung überhaupt kein Fan von Superblocks ist. Es wirkt alles irgendwie so halbherzig und mit angezogener Handbremse. Kein Wunder, stottert dieses Pilotprojekt. Vielleicht müsste dies der Regierungsrat mal ehrlich kommunizieren, das könnte er ja dann machen, wenn man überhaupt nicht davon überzeugt ist, dann wüssten die Menschen in den Quartieren, welche sich seit August letzten Jahres engagieren, woran sie wirklich sind.

Bei der Beantwortung des Regierungsrats entsteht der Eindruck, dass es überhaupt keinen Grund gebe, irritiert zu sein. Das Ende des Superblocks und der Rückbau der Infrastruktur seien von Anfang an klar kommuniziert gewesen. Nun, meine Damen und Herren, es erstaunt mich dann schon ein wenig, dass so viele Bewohnende in den beiden Quartieren St. Johann und Matthäus dies ganz anders verstanden haben und dies, obwohl sie seit Monaten im engen Austausch sind mit den Behörden. Die Menschen, die bei mir an der Strasse wohnen und sich seit letztem Sommer mit Herzblut engagieren und Stunden an ehrenamtlicher Arbeit reinstecken, fühlen sich überhaupt nicht verstanden und abgeholt. Das Unverständnis ist, dass ab kommendem August alles rückgebaut wird und die Markierungen wieder zurückgemalt werden, die Töpfe wegkommen, der Tisch abgebaut wird, um dann im Frühling 2027 alles oder zumindest einen Teil davon wieder aufzubauen, und das Vertrauen in die Behörden ist dadurch natürlich deutlich gesunken. Diese Vorgehensweise wird dazu führen, dass diese Menschen sich in Zukunft nicht mehr für die Quartierentwicklung engagieren werden, das müsste dann das Präsidialamt in Zukunft selber tun, was halt so nicht funktionieren kann, denn ohne Quartierbevölkerung auch keine Quartierentwicklung.

Dass Superblocks und verkehrsberuhigte Strassen als Pilotprojekte eingeführt und im Echtbetrieb getestet und laufend optimiert werden, ist normaler Standard, ob nun in Barcelona, Gent, Amsterdam, Paris und in weiteren Städten, die das ausprobieren. Ein kompletter Rückbau vor einer definitiven Entscheidung ist in keiner dieser Städte, soweit ich weiss, üblich und macht halt auch nicht wirklich so viel Sinn.

Nun, ich bin kein Jurist und kann diese politische Frage auf der Gesetzesebene nicht beurteilen, ich wünschte mir aber irgendwie, dass der Regierungsrat schon noch Spielraum hat und die Kompetenz zum Beispiel zu entscheiden, dass der Pilot gezeigt hat, ob jetzt eindrücklich oder halb eindrücklich, dass eine Verkehrsberuhigung stattgefunden hat und auch die sozialen Interaktionen im Quartier, auf der Strasse zunehmen und deswegen mutig entscheidet, die beiden Pilotversuche, die es jetzt ja schon gibt, zu verstetigen und bezüglich neuer Superblocks erst nach einer definitiven Auswertung zu entscheiden. Das könnte doch schon auch ein Ansatz sein.

So einen Entscheid hätte ich mir sowie auch die engagierten Quartierbewohnenden gewünscht. Dies wäre dann zweifellos mutig und ein Bekenntnis zur Sinnhaftigkeit der Superblocks gewesen. Aber eben, der Mut fehlt und der Eindruck besteht, dass der Regierungsrat Superblocks nicht wirklich toll und sinnvoll findet und nun wird es wahrscheinlich so kommen, wie es kommt. Ich befürchte, dass das Davidsbodenstrassenfest am 15. August in einer rückgebauten grauen Strasse eröffnet wird, obwohl ein Jahr zuvor die schönsten Töne der Regierung bezüglich Superblocks dort geteilt wurden. Ich bin also nicht zufrieden mit der Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

63. Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen, Stellungnahme des RR

[21.01.26 16:05:29, 25.5256.02]



Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir haben Ihnen ausführlich schriftlich berichtet, ich möchte das eigentlich nicht weiter ausführen. Und die, die es gelesen haben, werden auch feststellen, dass wahrscheinlich auch nicht mein Departement zuständig ist, sondern dass es hier vor allem um eine Problematik im IDG geht.

Da ich aber gesehen habe, dass wohl ein grosser Teil jetzt an einer Motion festhalten möchte, möchte ich Sie doch vor der Diskussion noch bitten, dass Sie hier etwas ausführen, was Sie denn geändert haben möchten. Denn das IDG wurde erst auf 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt. Es wurde wohl vorher ausführlich in der JSSK beraten. Wir gingen jetzt bis zur Beantwortung davon aus, dass wir die rechtlichen Grundlagen bereits haben. Daher ist mir nicht ganz klar, was Ihr Wunsch ist, was Sie noch Zusätzliches haben möchten, das müsste man dann wissen. Und zudem würde ich dann eventualiter auch beantragen, die Frist auf zwei Jahre zu erstrecken, denn ich kann Ihnen jetzt schon sagen, es ist nicht realistisch, eine neue Gesetzesvorlage innerhalb eines Jahres vorzulegen.

Dann bin ich jetzt gespannt auf die Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Fraktionssprecher hat sich Adrian Iselin für die LDP eingetragen.

Adrian Iselin (LDP): Der Regierungsrat legt in seiner Stellungnahme zur Motion von Anina Ineichen und Konsorten überzeugend dar, dass für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen bereits heute eine ausreichende und tragfähige gesetzliche Grundlage besteht. Die bestehenden Regelungen, insbesondere im Bereich Datenschutz, Datenverarbeitung im Auftrag sowie beim Einsatz von Cloud-Dienstleistungen sind klar definiert und decken die relevanten Risiken umfassend ab.

Hinzu kommt, dass das Informations- und Datenschutzgesetz, wie Regierungsrätin Tanja Soland gerade ausgeführt hat, erst kürzlich modernisiert wurde und damit auf dem aktuellen Stand der Technik und der rechtlichen Anforderungen ist. Eine zusätzliche gesetzliche Regelung würde aus Sicht der LDP keinen Mehrwert schaffen, sondern vielmehr zu unnötiger Bürokratie führen und die Handlungsfähigkeit der Verwaltung im IT-Bereich einschränken.

Der Regierungsrat zeigt zudem nachvollziehbar auf, dass das bestehende Regelwerk ein hohes Datenschutzniveau gewährleistet und gleichzeitig genügend Flexibilität bietet, um praxistaugliche und effiziente Lösungen umzusetzen. Genau diese Balance zwischen Sicherheit, Stabilität und operativer Effizienz ist entscheidend. Die LDP bittet Sie deshalb, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Salome Bessenich das Wort.

Salome Bessenich (SP): Im Namen der SP-Fraktion möchte ich Sie bitten, die vorliegende Motion als Motion ein zweites Mal zu überweisen. Was verlangt die Motion, was wollen wir? Ich glaube, es ist relativ klar, wir wollen, dass die Regelung zu den Voraussetzungen, zu den Zuständigkeiten, den Verantwortlichkeiten und zu dem Risikomanagement bei der Auslagerung von Informatikdienstleistungen auf Gesetzesebene geregelt werden. Das ist die Forderung der Motion. Und wir sind überzeugt, dass es nicht zu viel verlangt ist, im Gegenteil, es ist das Minimum, was wir unserer Bevölkerung im Umgang mit ihren schützenswerten Personendaten schulden.

Und es geht uns dabei nicht um ein Misstrauensvotum der Verwaltung gegenüber. Es ist sehr hilfreich nachzulesen in der Stellungnahme, was in diesem Bereich schon gemacht wird, wie auch die Grundlagen ausgelegt werden. Das alles ist sehr wichtig und sehr begrüssenswert. Aber wir sind der Meinung, dass es eben eine parlamentarische Aufgabe ist, hier in diesem Bereich auf Gesetzesebene zu konkretisieren, wie und unter welchen Rahmenbedingungen Teile oder auch gesamte Bereiche einer IT-Infrastruktur ausgelagert werden können. Solche Entscheide sind nicht zu vergleichen mit der Auswahl eines neuen Briefpapiers oder so, es sind Entscheide mit enorm weitreichenden Konsequenzen, die wir vielleicht heute auch noch gar nicht richtig einschätzen können.

Gleichzeitig scheint mir wichtig hier zu betonen, dass eine Zweitüberweisung der Motion nicht heisst, dass es keine Auslagerung von IT-Dienstleistungen mehr geben soll und dass es für uns unbestritten ist, dass eine zeitgemässe und einwandfrei funktionierende digitale Infrastruktur eine zentrale Voraussetzung für die Erfüllung aller Staatsaufgaben ist. Und die Überweisung heisst auch nicht, dass die Einführung von Microsoft 365 rückgängig gemacht wird, auch wenn mir



persönlich dieser Entscheid noch immer viel Bauchweh bereitet. Und ich glaube, wir müssen trotzdem nochmals darüber reden, weil es ja der ausschlaggebende Moment war, in dem auch hier erneut Fragen aufkamen zu diesen Rahmenbedingungen, wo wir jetzt Anpassungsbedarf sehen.

Ich habe schon bei der Erstüberweisung darauf hingewiesen und ich möchte das hier nochmals ansprechen, dass ich diese Risikoberechnungen hinsichtlich eines Zugriffs auf unsere Daten für hochproblematisch und fragwürdig halte, zumal diese nur das Risiko eines rechtmässigen Zugriffs anschauen und nicht das Risiko von unrechtmässigen Zugriffen mit Schadensintention. Und ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass all diese Abklärungen vor der zweiten Amtszeit von Trump gemacht wurden. Die Risiken haben sich aus unserer Sicht drastisch verschärft, gerade weil die USA mit dem Cloud Act bereits über die gesetzlichen Grundlagen verfügt, um vollkommen legal auf alle Daten zuzugreifen, die bei amerikanischen Unternehmen angesiedelt sind, unabhängig davon, wo die Server stehen. Und Trump ist alles zuzutrauen, das wissen wir auch wieder seit Anfang Jahr, das Jahr ist noch keine vier Wochen alt und ich erwähne einfach Venezuela und Grönland und wer weiss, wer als nächstes dran ist. Wie einfach es für Trump mittels Informatikdienstleistern ist, anderen zu schaden, das ist nicht einfach ein Gedankenexperiment. Im Mai 2025 hat Microsoft das E-Mail-Konto des Chefanklägers des internationalen Strafgerichtshofs gesperrt, nachdem Donald Trump Sanktionen verhängt hatte. Das ist kein Gedankenspiel, das ist Realität.

Nun aber zurück zu der Motion und den Forderungen hier. Wir wollen eine gesetzliche Grundlage, um die Rahmenbedingungen für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen zu regeln, wir wollen damit Transparenz und wir wollen damit Rechtssicherheit schaffen. Und auch wenn der Regierungsrat hier schon einiges gut macht, wir sehen es eben als legislative Aufgabe, diese Rahmenbedingungen festzusetzen, und wir sehen es als unsere parlamentarische Verantwortung und Pflicht, uns der Risiken und Chancen einer Auslagerung bewusst zu sein und diese abzuwägen. Ich danke Ihnen darum, wenn Sie uns folgen und die Motion ein zweites Mal als Motion überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat Anina Ineichen das Wort.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die Frage, wie der Kanton Daten bearbeitet, wo diese Daten zwischengespeichert oder abgespeichert werden, ist eine zentrale Frage. Es ist eine zentrale Frage, weil die Personen diese Daten uns nicht freiwillig geben, weil diese Daten zum Teil sehr hohen Schutzbedarf haben. Ich weiss, das IDG regelt dies, aber das IDG regelt noch längst nicht alles. Die Daten werden dem Kanton gegeben, weil wir es müssen, weil wir vielleicht Stipendien beantragen wollen, Prämien für Verbilligungen benötigen und vieles mehr, oder weil der Kanton etwas von uns will, beispielsweise Steuergeld.

Daten sind besonders und Daten verdienen eine besondere Behandlung. Daten verdienen es auch, anders behandelt zu werden als andere Verwaltungshandlungen. Mich interessiert nicht, welches Papier die Verwaltung verwendet, auch nicht, welche Kugelschreiber. Hätte ich Ideen dazu? Klar, aber ich mache keine Motion dazu, welches Recyclingpapier verwendet werden soll. Ich anerkenne, dass gewisse Bereiche auch der Verwaltung vorbehalten bleiben sollen. Aber hier geht es halt nicht um die Beschaffung von Kugelschreibern oder Recyclingpapier, hier geht es um die Beschaffung einer Software, mit welcher fast alle oder alle Mitarbeitenden arbeiten und mit welcher fast oder alle Daten bearbeitet werden.

Wir haben ein Datenschutzgesetz, und kurz und knapp ist die Auslagerung von Daten abgehandelt. Aber ich bezweifle, dass das Ausmass, welches wir nun erleben mit der Auslagerung mit diesem M365, vor unseren Augen war, als wir das IDG überarbeitet, also teilrevidiert haben. Ich glaube, niemand hat zu diesem Zeitpunkt begriffen oder vielleicht nur sehr informierte Kreise haben begriffen, worum es eigentlich im Kern geht.

Der Rahmen, in welchem sich diese Software bewegen darf, braucht genaue Regelungen und Grenzen. Ich bin überzeugt, dass diese Grenzen hier im Grossen Rat gesetzt werden oder zumindest diskutiert werden müssen. Ich persönlich möchte, dass die JSSK, der ich sehr vertraue und deren hochkarätige Besetzung ich schätze, sich Gedanken dazu macht. Welche Risiken können eingegangen werden? Unter welchen Bedingungen können wir welche Cloud-Lösungen akzeptieren? Ich meine, wir müssen hier drin darüber diskutieren und entscheiden, wie gross die Abhängigkeit sein darf für das gesamte Betriebssystem. Wie stellen wir sicher, dass Business Continuity gegeben ist, und welche Ansprüche und Anforderungen haben wir an eine Business Continuity? Wie stellen wir fest, dass wir Sozialhilfegelder noch ausbezahlen können, wenn mal der Strom ausfällt in den USA? Diese zentralen Fragen sind nicht im Grossen Rat behandelt worden meines Erachtens.

Wir müssen auch über die Exitstrategie sprechen. Welche Anforderungen haben wir an eine Exitstrategie? Nicht im Detail, das ist mir schon bewusst, dass das die Verwaltung machen muss, aber die Leitplanken einer Exitstrategie müssen wir hier drin setzen. Wir müssen auch darüber diskutieren, wie das Logbuch behandelt werden will. Welche Anforderungen stellen wir an diese Clouds? Wie fest möchten wir nachvollziehen können, welche Personen zu welchem Zeitpunkt auf welche Daten zugegriffen haben? All diese Leitplanken müssen im Grossen Rat gestellt werden.



Ich glaube, diese Fragen sind im Übrigen auch viel wichtiger als die viel diskutierten Lawful und Unlawful Zugriffe, die es hier gibt durch den Cloud Act oder die NSA. Ich glaube, hier geht es um Basic-Sachen, mit welchen sogar die FINMA kämpft, wenn ich auf das Logbuch zu sprechen komme, die hat nämlich diese Anforderungen, und es gibt diverse Gutachten, dass Microsoft diese Anforderungen nach einem Logbuch genau so nicht einhalten kann.

Die Realität ist halt, dass wir uns in eine extrem grosse Abhängigkeit begeben habe. Ich glaube auch, dass die Möglichkeiten klein sind, aber sie bestehen. Aber wenn wir diese Realität haben, dann möchte ich doch möglichst gute Leitplanken, um dieser Realität zu begegnen. Schaffen wir Transparenz, Rechtssicherheit. Schaffen wir die im Grossen Rat und nicht in der Verwaltung. Und ich möchte das auch nicht als Misstrauensvotum verstanden haben, sondern eigentlich als Schutz, weil wir haben die Verantwortung für die Daten unserer Einwohnerinnen und Einwohner und ich möchte, dass wir diese Verantwortung auch wahrnehmen. Ich bitte Sie darum, die Motion dem Regierungsrat ein zweites Mal zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe sehr genau zugehört und ich bedanke mich bei Salome Bessenich. Sie hat wirklich super geredet, auch gegen Trump, und ohne dass sie Angst haben muss, dass er sie heute Abend einsackt und mitnimmt, wie in Venezuela. Das passiert, Trump ist jetzt da.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das tut nichts zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber trotzdem, ich komme jetzt zur Sache zu meinen Vorrednerinnen. Wir halten fest, dass das gesagt worden ist wegen Trump, dass er Zugriff hat auf diese Sachen. Und ich habe jetzt auch ganz spannend recherchiert dazu. Regierungsrätin Tanja Soland weiss das, ich habe mit ihr auch schon darüber gesprochen, ich habe das bei ihr auch abgegeben. Eric Weber hat etwas entdeckt zu dieser Geschichte, worüber wir jetzt reden. Ich habe nicht nur entdeckt vor 14 Jahren, dass das Kunstmuseum zugeht oder die Feier der Frau Herzog, ich habe jetzt auch entdeckt, dass unsere Steuerdaten in Amerika landen. Und auch Anina Ineichen hat richtig gesagt, dass man Grenzen ziehen muss und wir müssen das hier im Rat besprechen. Anina Ineichen hat gesagt, dass das zentrale Fragen sind.

Das sind zentrale Fragen und es gibt Verbindungen unserer Steuerverwaltung Baltax Online zu dieser amerikanischen Firma Red Hat Enterprise Linux in den USA. Wenn Sie die Steuererklärung abgeben dann eine Fehlermeldung kommt oder es nicht weiter geht, wenn beispielsweise die entsprechende Applikation streikt, dann wird eine Seite des amerikanischen Unternehmens Red Hat Enterprise Linux angezeigt. Und das ist natürlich schon verrückt, wenn dann Trump auf unsere Daten Zugriff hat. Und darum möchte ich, dass das besprochen wird.

Darum, benutzt ein Departement des Kantons Basel-Stadt, namentlich die Steuerverwaltung, Software der Firma Red Hat Enterprise Linux und benutzen Departemente des Kantons Basel-Stadt, namentlich die Steuerverwaltung, Cloud-Lösungen im Ausland, Clouds, dann möchte ich wissen, wie die entsprechenden Programme heissen und wo die Server stehen. Welche Firmen wurden von der Basler Steuerverwaltung in den letzten fünf Jahren für Dienstleistungen im Bereich Software, Hardware, Computer und Programmierung engagiert und bezahlt? Ich habe jetzt in der Mittagspause einen Chefbeamten des Kanton Basel-Stadt getroffen und habe ihm das erzählt und er hat gesagt, Eric Weber, Sie haben wieder voll ins Wespennest gestochen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie waren nicht sehr redefreudig. Ich habe jetzt zwei Hinweise bekommen. Der erste Hinweis ist, dass man es auf Gesetzesesebene regeln möchte, wenn man Informatikdienstleistungen auslagert. Die rechtliche Grundlage gibt es, Artikel 7 Bearbeiten im Auftrag, das haben Sie schon gemacht. So wie ich Anina Ineichen verstehe, geht es ihr nicht darum, sondern sie möchte M365 regeln und sie möchte die Auswirkungen von M365 im Gesetz regeln, denn das gibt es noch nicht, es gibt keine Regelung, das ist so. Wenn Sie die Regeln von M365, die Fragen der Software und der Daten im Gesetz regeln möchten, dann müssen Sie das noch tun. Aber es gibt eine rechtliche Grundlage zur Auslagerung generell. Aber so wie ich das jetzt verstanden habe, geht es eher um M365.

Ich stelle hier den Antrag auf Fristverlängerung von zwei Jahren. Und trotzdem bitte ich Sie, die Motion nicht als Motion zu überweisen, denn das, was Sie möchten, ist doch sehr operativ. Es ist sehr operativ, wenn Sie bestimmen möchten, welche Software wir bei uns haben, wenn Sie bestimmen möchten, um welche Daten genau es geht, wenn der Grossrat das im



Gesetz regeln bis aufs Detail regeln möchte, dann wird es wahrscheinlich sehr schwierig. aber ich habe das jetzt so verstanden, denn die anderen Grundlagen sind ja vorhanden im IDG, das Sie doch auch länger beraten haben. Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von David Jenny und sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Sie fassen somit Schweigen nicht als Zustimmung zu Ihrer Haltung auf?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich gebe zu, ich bin etwas auf diese Kreuztabelle erpicht, da gibt es so viele Plus. Darüber bin ich etwas irritiert, aber ich lasse mich jetzt überraschen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Wir stimmen zuerst über die Fristverlängerung ab, ob ein Jahr oder zwei Jahre, und in einem zweiten Schritt über die Nichtüberweisung, die Adrian Iselin beantragt hat.

Abstimmung

JA heisst Frist 1 Jahr, NEIN heisst Frist 2 Jahre.

Ergebnis der Abstimmung

19 Ja, 75 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008219, 21.01.26 16:26:38]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist auf 2 Jahre festzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die zweijährige Frist entschieden mit 75 gegen 19 Stimmen bei einer Enthaltung. Jetzt stimmen wir darüber ab, ob die Motion überhaupt überwiesen wird oder nicht überwiesen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 29 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008221, 21.01.26 16:27:21]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion mit einer Frist von 2 Jahren dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion mit 64 gegen 29 Stimmen bei 2 Enthaltungen mit einer Frist von 2 Jahren überwiesen. Das Geschäft ist erledigt.



64. Interpellation Nr. 135 Ivo Balmer betreffend Verkauf von Bauland in Augst (BL) – Warum verkauft Immobilien Basel-Stadt (IBS) schon wieder Boden, Schreiben des RR

[21.01.26 16:27:36, 25.5541.02]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Ivo Balmer (SP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich würde mal sagen, die Antworten sind ein bisschen sparsam ausgefallen und sie konnten mich an zentralen Punkten nicht wirklich überzeugen.

Zum Grundsatz: Der Regierungsrat betont in seinen Antworten mehrfach, dass der Entscheid zum Verkauf nicht primär finanziell motiviert sei, sondern auf Lage, Flächenzuschnitt, Zweckmässigkeit beruhe. Für mich stellt sich hier eigentlich genau das Problem beziehungsweise zeigt es ein Missverständnis. Auf der einen Seite bekennt sich der Kanton mit Gesetzen politisch zu einer aktiven Bodenpolitik, und die hat dann auch, so wie ich es bis anhin immer verstanden habe und ich denke, viele hier drin das auch teilen, einen Kern. Boden soll, wo immer möglich, im öffentlichen Eigentum bleiben und dann über das Instrument von Baurechten gesteuert werden. Deshalb kann der Verkauf von wirklich baureifem Wohnland wirklich nicht als neutraler Verwaltungsvorgang oder sonst wie interpretiert werden, sondern das ist ein politischer Entscheid und der hat auch langfristige Konsequenzen, weil dieser Boden weg ist.

Und ich finde, gerade diese Entscheide müssen doch wirklich besonders gut begründet sein. Und deshalb muss ich wirklich sagen, ist diese Antwort auf meine Interpellation schon sehr sparsam. Einerseits müssen da finanzielle Aspekte erläutert werden und zweitens muss es doch wirklich in eine Strategie passen. Das habe ich leider in der Antwort nicht erfahren.

Die Kleinteiligkeit finde ich auch kein überzeugendes Argument. Der Regierungsrat sagt jetzt zum zweiten Mal, dass das eine isolierte Parzelle sei. Also dieses Argument ist wirklich schwach. Diese Parzelle ist klein und sollte weniger gut angebunden sein. Weiter steht in der Antwort, nein, es gehöre aber zu einer grösseren Entwicklung, wovon man dann den Rest sehr wohl im Baurecht abgebe. Ich würde jetzt sagen, diese 30 Wohnungen, die hier entstehen könnten, sind sicherlich auch nicht wenig. Also das heisst, diese Parzelle befindet sich in einem strategischen Entwicklungsgebiet und der Kanton hat dieses Gebiet selbst mitentwickelt und jetzt verkauft er da ein gutes Stück Boden. Ich verstehe es wirklich nicht. Gerade für kleinere Flächen wäre ja dann das Baurecht das entsprechende Instrument, über das man dann auch steuern kann, welche Wohnformen da hinkämen. Wenn es weg ist, ist es weg.

Und jetzt, und da möchte ich wirklich auch nochmals die bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen hier im Saale mitnehmen, dass zu diesen finanziellen Abwägungen einfach gar nichts kommt in dieser Beantwortung, das sehe ich besonders kritisch. Lesen Sie mal die Antworten auf Frage 3, 4 und 5, da kommt nichts. Ich habe gefragt, den einmaligen Verkaufserlös einer hundertjährigen Baurechtszinsnahme entgegenzustellen. Das macht hier die IBS nicht und das finde ich ist absolut kurzfristig, das ist absolut nicht nachhaltig im Sinne unseres Finanzvermögens. Ich erwarte etwas anderes, das ist Verscherbeln von unserem Tafelsilber und sicherlich nicht eine langfristige und sorgsame Anlagepolitik mit unserem Boden in diesem Kanton, auch wenn dieses Grundstück in Augst liegt, und gerade da ist es nämlich eine gute Anlage.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

65. Motion Johannes Sieber und Michela Seggiani betreffend Verbot von Konversionstherapien in Basel-Stadt, Zwischenbericht des RR

[21.01.26 16:33:09, 21.5244.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

die Frist um 2 Jahre zu verlängern.



66. Motion Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich, Stellungnahme des RR

[21.01.26 16:51:41, 25.5235.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir möchten zurück zu Traktandum 66. Ich eröffne nochmals die Traktandenliste und die Redner:innenliste. Philip Karger hat das Wort.

Philip Karger (LDP): Entschuldigen Sie, dass wir zurückkommen, ich habe mein Votum verpasst. Alle Menschen in der Schweiz, insbesondere auch psychisch Erkrankte, haben grundsätzlich Zugang zu einer Gesundheitsversorgung, die je nach Bedarf präventiv, kurativ, rehabilitativ oder palliativ sind. Ärzt:innen nehmen dabei eine zentrale Rolle ein.

Bei dieser Motion geht es um Menschen, die krankheitsbedingt ihre Wünsche nicht mehr äussern und auch keinen Termin bei einer Spezialärztin vereinbaren können. Für diese Menschen stehen, wie es in der Antwort des Regierungsrates heisst, in eskalierenden Situationen Psychiaterinnen und Psychiater zur Verfügung. Wären wir nicht alle entsetzt, wenn wir nur in eskalierenden Situationen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen könnten?

Es ist zu begrüssen, dass die Regierung eine adäquate alterspsychiatrische Versorgung der Kantonsbevölkerung für essenziell erachtet. Genau darum halte ich trotz in Aussicht gestellter personeller Verstärkung an der Forderung fest, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Die Aussage der Regierung, dass die alterspsychiatrische Versorgung in den Pflegeheimen sowie im intermediären und ambulanten Bereich im Kanton Basel-Stadt aktuell in sehr guter Qualität und Quantität sichergestellt ist, wird von Fachpersonen bezweifelt. Ich verweise auf die regierungsrätliche Stellungnahme zum Antrag Brandenburger, die eine Umfrage der Arbeitsgruppe Heimärztliche Versorgung aus dem Jahr 2024 zitiert. Dort zeigte sich, dass der Zugang zu alterspsychiatrischen Expertisen für die Pflegeheime meist nicht in gewünschtem Ausmass beziehungsweise innert gewünschter Frist möglich ist.

Zudem beurteilen Hausärzt:innen in Basel-Stadt die alterspsychiatrische Versorgung von Pflegeheimen als mittelmässig bis ungenügend. Das hat eine Studie KIS 2021 ergeben. Demenzbetroffene und psychisch kranke Bewohnende von Pflegeheimen und ausserhalb von Institutionen lebende Menschen haben ein Anrecht auf qualifizierte ärztliche Behandlung und Beratung. Dass in eskalierenden Situationen Psychiater:innen zur Verfügung stehen, entspricht nicht der Realität. Auch das zeigte die Umfrage. Ausserdem sollten Fachärzt:innen zur Förderung von Gesundheit der Betroffenen und zur Vermeidung von Eskalation präventiv hinzugezogen werden und nicht erst in eskalierenden Situationen.

Ich begrüsse es, dass das GD die Psychiatrische Uniklinik und das Felix Platter-Spital 2023 beauftragt hat, den Zugang zu alterspsychiatrischen Leistungen für Hausärzt:innen zu optimieren. Zudem sollen Massnahmen zur Bekanntmachung der zahlreichen bereits existierenden Angebote eingeleitet werden. Ich weise aber darauf hin, dass die Hausärzt:innen in Basel-Stadt die Etablierung eines aufsuchenden konziliarischen Dienstes für Alterspsychiatrie als dringend erforderlich erachten. Dieser Dienst wurde bis heute nicht realisiert und wird auch in der regierungsrätlichen Stellungnahme nicht erwähnt. Das UAFP verfügt bei weitem nicht über die personellen und finanziellen Ressourcen, um bei den 42 Pflegeheimen im Kanton einen Konsiliardienst anzubieten, der substantielle Auswirkungen zeigen würde. Dies nicht zuletzt auch, weil die Vergütung der ambulanten Leistungen nicht kostendeckend ist.

So werden sich die Pflegeheime auch nicht, wie in der regierungsrätlichen Stellungnahme vorgeschlagen, diesem Modell anschliessen können. Auch ist die Anzahl der niedergelassenen Fachärztinnen im Schwerpunkt Alterspsychiatrie viel zu gering, als dass diese gemeinsam mit dem bestehenden Angebot der UAFP eine bedarfsgerechte alterspsychiatrische Versorgung der Bevölkerung sicherstellen könnte, zumal weit über 50% der Bewohnenden in Heimen unter einer Demenz oder einer anderen psychischen Erkrankung leiden.

Im Namen der LDP-Fraktion bitte ich Sie, diesen Vorstoss als Motion stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP-Fraktion hat Christine Keller das Wort.

Christine Keller (SP): Ich darf mich hier kurz fassen, da Philip Karger es bereits sehr gut auch erklärt hat und wir ja den Präsidenten an seinem Schlussvotum nicht zu lange hindern sollen.



Auch die SP-Fraktion ist dafür, diese Motion als Motion zu überweisen. Unsere Gesellschaft, wir wissen es, wird immer älter und auch die Demenzerkrankung ist sehr im Zunehmen begriffen und tatsächlich sind auch wir der Meinung, dass gerade auf der zuletzt erwähnten Ebene des konsiliarischen Dienstes in den Altersheimen unbedingt mehr gehen sollte. Es gibt einfach sehr komplexe Situationen und nicht alle können dann im Felix Platter-Spital in der gerontopsychiatrischen Abteilung betreut werden. Viele möchten da sicher auch gerne in der gewohnten Umgebung in ihren Heimen bleiben, aber dafür braucht es unter anderem eben einen Konsiliardienst, den es, wenn ich es recht im Kopf habe, als Pilot schon gibt, aber der sollte ausgebaut werden.

Er ist offenbar sehr gefragt, regelmässige Sprechstunden in den Heimen wären dringend erforderlich und auch sonst denke ich nicht, dass alles zum Besten in dieser besten aller möglichen Welten steht, wie es in der Stellungnahme der Regierung steht. Ganz sicher wurde viel getan, das soll nicht in Abrede gestellt werden. Aber die immer älter werdende Bevölkerung und die grausamen Fälle dieser Demenzerkrankungen haben verdient, dass man diese Motion jetzt als Motion überweist. Ich habe mich gewundert, dass die Regierung nicht, wie sonst so oft auf Anzug geht, sondern überhaupt nichts überweisen haben will, also eigentlich sagt, das Problem gibt es nicht, das hat mich doch etwas erstaunt. Ich schliesse mich also wirklich in Namen der SP gerne Philip Karger an und beantrage Überweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Sie dürfen mir glauben, dass wir nicht die Bedeutung des Themas in Abrede stellen wollen, wenn wir Ihnen in diesem Fall beantragen, uns die Motion nicht zur Erfüllung zu überweisen. Wir sehen darin ehrlicherweise auch nicht viel praktische Hilfestellung. Sie geben uns mit, dass Sie es gerne besser hätten, aber Sie geben uns die dafür notwendigen Mittel nicht in die Hand.

Ich muss Ihnen auch sagen, es ist nicht besonders hilfreich, wenn wir abwechslungsweise mit Blick auf die verschiedenen Anspruchsgruppen und Bevölkerungsgruppen darauf hingewiesen werden, dass mehr Psychiatrie noch besser wäre. Wir bemühen uns nach Kräften. Wir haben hier schon öfter über die Psychiatrie und Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen gesprochen. Wir sprechen über die Angebote für Traumabetroffene, für Gewaltbetroffene, für Suchtbetroffene, und wir sprechen auch über die Alterspsychiatrie. Aber wir sollten vielleicht nicht für jede einzelne Anspruchsgruppe eine eigene Motion aufgetragen bekommen, einfach deshalb, weil uns das in der praktischen Bewältigung der Herausforderungen, die es selbstverständlich gibt, nicht wirklich hilft.

Wir haben Ihnen dargelegt, was wir gemacht haben und was wir weiter zu tun gedenken. Es ist überhaupt nicht so, dass wir hier selbstgefällig der Ansicht wären, dass nichts mehr zu tun wäre. Ich muss Ihnen einfach sagen, wir können in vier Jahren noch einmal berichten, was wir gemacht haben. Aber konkret ist wenig da und die Mittel werden uns auch nicht mitgeliefert mit dieser Motion. Insofern habe ich den Eindruck, dass Sie sehr zu Recht ein sehr wichtiges Thema angesprochen haben, aber zur Bewältigung der Fragestellungen und der Herausforderungen helfen Sie uns nur mässig. Daran arbeiten wir weiter, auch wenn Sie jetzt auf diese spezifische Motion, wie wir es Ihnen vorschlagen, nicht eintreten würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 33 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008232, 21.01.26 17:02:10]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion der Regierungsrat zu Überweisen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Geschäft mit 59 gegen 33 Stimmen bei 3 Enthaltungen als Motion weiterbearbeiten.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche hier bzw. beende die Sitzung mit meiner Schlussrede. Darf ich Sie bitten, ihre Plätze einzunehmen?

67. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[21.01.26 16:33:41, 25.5288.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Melanie Eberhard hat sich als Fraktionssprecherin gemeldet.

Melanie Eberhard (SP): Bereits bei der Erstüberweisung habe ich dargelegt, weshalb die Pflege im Kanton Basel-Stadt vor grossen strukturellen Herausforderungen steht: Fachkräftemangel, hohe Belastung, ungenügende Anerkennung, aber auch weiterhin unzureichende strategische Mitsprache in gesundheitspolitischen Fragen. Diese Ausgangslage hat sich seither nicht verändert, im Gegenteil. Die Anforderungen an unser Gesundheitssystem steigen weiter, die Abhängigkeit vom Ausland bleibt hoch und die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Versorgung wird immer komplexer. Heute geht es deshalb nicht mehr darum, wie das Ob aussehen soll, sondern eben um das Wie.

Der Regierungsrat beantragt in seiner Stellungnahme, die Motion als Anzug zu überweisen, insbesondere aufgrund der folgenden drei Überlegungen. Erstens, mit der befristeten Stelle zur Umsetzung der Pflegeinitiative sei der Bedarf bereits gedeckt, zweitens, die Schaffung der zusätzlichen Funktion könne zu Doppelspurigkeiten führen und drittens, die bestehenden Strukturen seien ausreichend.

Ich möchte klar festhalten, dass diese Einschätzung aus fachlicher, strategischer und langfristiger Perspektive zu kurz greift. In den vergangenen Wochen habe ich die Einschätzung des Regierungsrates mit sehr vielen unterschiedlichen Fachpersonen gespiegelt. Ich habe mit Personen aus der Pflegepraxis, aus Akutspitälern, der Langzeitpflege, ambulanter Versorgung Kontakt gehabt, aus der Versorgungsforschung sowie den Pflegewissenschaften und aus der Hochschullehre. Ich habe Kontakt gehabt mit einer kantonalen Pflegeverantwortlichen eines anderen Kantons, um eben diese Einschätzung spiegeln zu können. Und alle Expertinnen haben mir übereinstimmend die Haltung dargelegt, dass eine kantonale Pflegeverantwortliche eben einen sehr wichtigen Beitrag zur Stärkung und zur Weiterentwicklung der Pflege schaffen würde, was ein zentrales Element ist für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem, auch im Kanton Basel-Stadt.

Ich möchte nur noch auf drei einzelne Elemente besonders fokussiert eingehen. Erstens, die geschaffene befristete Stelle zur Umsetzung der Pflegeinitiative reiche, wurde gesagt. Die Projektstelle zur Umsetzung der Pflegeinitiative erfüllt einen sehr wichtigen, aber auch sehr klar begrenzten Auftrag. Sie fokussiert auf die Ausbildung, auf Personalfragen und die Umsetzung des nationalen Verfassungsauftrages. Eine kantonale Pflegeverantwortliche hingegen versteht Pflege nicht primär als Personalthema, sondern als eigenständigen Steuerungs- und Versorgungsbereich innerhalb des gesamten Gesundheitssystems. Eine kantonale Pflegeverantwortliche könnte dadurch die Koordination der Ausbildungen und die Wirkungsbereiche von Pflegehelfer:innen hin zu promovierten Pflegewissenschaftler:innen aktiv mitgestalten. Zudem würde sich eine kantonale Pflegeverantwortliche mit Versorgungsqualität, integrierter Versorgung, Patient:innen-Sicherheit, Public Health, der evidenzbasierten Weiterentwicklung der Pflegepraxis und der strategischen Nutzung pflegerischer Kompetenzen beschäftigen, also eine breite Palette an Themen abdecken und dabei wichtige pflegerische Perspektiven ins Gesundheitsdepartement einbringen, die heute weitgehend fehlen.

Dann der zweite Punkt mit den Doppelspurigkeiten: Heutzutage sind nicht Doppelspurigkeiten das Problem, sondern die strukturellen Leerstellen. Die Pflege wird heute in der kantonalen Verwaltung fragmentiert, sektorenspezifisch und häufig sehr operativ gedacht. Was aber fehlt, ist eine settingübergreifende und strategische Perspektive. Akutpflege, Langzeitpflege, ambulante Versorgung, Prävention und Public Health sollten übergreifend aus der pflegerischen Perspektive



eben auch mitgedacht werden. Eine kantonale Pflegeverantwortliche schwächt den Kantonsarzt denn auch nicht, im Gegenteil, sie stärkt die gesundheitspolitische Führung insgesamt. Während der Kantonsarzt nämlich eine stark medizinisch geprägte Perspektive einbringt, ergänzt die Pflege eine ganzheitliche Sicht auf Versorgung, Betreuung und Alltagsrealitäten in den unterschiedlichsten Settings. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie zentral diese Perspektive ist und wie wenig sie eben heutzutage institutionell verankert ist, auch in Basel. Andere Kantone haben in den letzten Jahren die Stellen geschaffen und zeigen, dass es sehr gut funktioniert. Die Kantone Luzern, St.Gallen und Waadt verfügen bereits über eine kantonale Pflegeverantwortliche und ich habe gerade gestern gelesen bzw. gestern hat gerade der Kanton Wallis seine Stelle besetzt bzw. eben darüber informiert, wer das zukünftig machen wird.

In der Hoffnung, dass diese Thematik und das Anliegen nach einer kantonalen Pflegeverantwortlichen nun auch angegangen wird, möchte ich auch noch kurz den Blick nach vorne richten und darlegen, welchen Beitrag diese Funktion in unserem Kanton leisten kann. Eine kantonale Pflegeverantwortliche würde die Entwicklung gemeinsamer Leitlinien und Standards im Pflegebereich aktiv vorantreiben. Sie würde die evidenzbasierte Pflege systematisch stärken und die Qualität der Versorgung weiterentwickeln. Sie könnte auch die Integration und den gezielten Einsatz von Advanced Practice Nursing fördern oder die strategische Nutzung von Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und Robotik in der Pflege vorantreiben. Mit einer kantonalen Pflegeverantwortlichen könnte sich die Patientensicherheit erhöhen und die Versorgungsqualität nachhaltig gestärkt werden. Und zu guter Letzt würde die pflegerische Perspektive eben in übergeordnete Fragestellungen der Bevölkerungsgesundheit einfließen.

Um die Gesundheitsversorgung in unserem Kanton also nachhaltig zu sichern und weiterzuentwickeln und dabei die Ressourcen auch effizient und effektiv einzusetzen, sind das Wissen und die Erfahrung von Pflegefachpersonen und Hebammen für strategische Ziele unabdingbar. Ich bitte Sie deshalb, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen, damit die Stelle einer kantonalen Pflegeverantwortlichen auch wirklich geschaffen wird. Es wäre ein wichtiger Schritt zur Stärkung unseres Gesundheitssystems.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Meine Vorrednerin hat eigentlich das Wesentliche bereits gesagt und ich werde mich kurz halten.

Aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb und auch der Fraktion BastA greift die Stellungnahme des Regierungsrates zu kurz in seinem Verständnis, warum es weiterhin eine Motion braucht. Der Regierungsrat versteht die Funktion der Chief Nursing Officer vorwiegend im Ausbildungs- und Personalbereich. Eine Pflegeverantwortliche versteht Pflege jedoch nicht primär als Projekt- oder Ausbildungsinitiative, sondern als eigenständigen professionellen Steuerungsbereich im Gesundheitssystem. Diese Eigenlogik der Pflege wird im heutigen System unterschätzt und findet im Gesundheitsdepartement nach unserem Verständnis bislang zu wenig systematisch Eingang.

Uns ist es ein Anliegen, dass die Entwicklung der Pflege in unserem Kanton strategisch, dauerhaft und unbefristet verankert wird und nicht ausschliesslich projektbezogen über die Umsetzung der Pflegeinitiative erfolgt, wobei ich hier erwähnen möchte, dass wir von den Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA begrüessen, dass dafür nun eine Projektleitung eingesetzt wurde. Diese kann und soll jedoch eine strukturelle, politische, verankerte Pflegeverantwortung nicht ersetzen.

Die Ansiedlung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen soll zudem dort erfolgen, wo sie Einfluss auf strategischer und politischer Ebene ausüben kann, beispielsweise direkt beim GS, wie dies in anderen Kantonen wie etwa Luzern, St.Gallen oder Waadt der Fall ist. Nur so ist gewährleistet, dass die Pflegeperspektive tatsächlich in politische, strategische und strukturelle Entscheidungsprozesse einfließt. Die Pflegeperspektive ist im Vergleich zu einem stark medizinisch geprägten Gesundheitsverständnis ganzheitlicher. Sie stellt zudem die grösste Berufsgruppe im Gesundheitswesen dar. Es ist deshalb für uns nur folgerichtig, dass diese Perspektive in der Verwaltung angemessen vertreten ist.

Alle diese Punkte sprechen für uns in der Fraktion und auch für die Fraktion BastA klar dafür, den Vorstoss als Motion zu überweisen. Nur so stellen wir sicher, dass der Regierungsrat verbindlich eine gesetzliche Grundlage ausarbeitet und wir hier im Parlament über die strategische Ausrichtung der Pflege mitentscheiden können. Ich bitte Sie daher auch im Namen der Fraktion BastA bei der Zweitüberweisung bei der Motion zu bleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft, Regierungsrat Lukas Engelberg hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte Ihnen im Namen des Regierungsrats beantragen, diese Motion in der Form des Anzugs weiter zu bearbeiten. Die angesprochenen Fragestellungen sind wichtig. Ich glaube, Sie unterschätzen die Komplexität dieser Fragestellungen, Sie unterschätzen die Komplexität der Pflege thematik und Sie unterschätzen die



Kompetenzen, die wir dazu bereits haben, wenn Sie der Auffassung sind, der Lösungsweg führe darüber, einfach eine neue Stelle mit diesem Titel zu bezeichnen. Entschuldigen Sie meine Wortwahl, ich halte das für einen etwas naiven bürokratischen Ansatz.

Die Pflgethemen durchdringen das Gesundheitswesen in all unseren Funktionen. Wenn wir eine Versorgungsplanung machen, dann ist die nicht ärztlich motiviert, sie ist auch nicht pharmazeutisch motiviert und sie ist auch nicht ausschliesslich pflegerisch motiviert, sondern sie ist selbstverständlich holistisch. Das muss sie sein, das ist unser Anspruch und den, das würde ich für uns in Anspruch nehmen, lösen wir auch ein.

Wir haben sehr wohl Funktionen, die näher und die etwas weiter weg sind zu einem fachlichen Pflegebezug. Sehr nahe ist die Abteilung Langzeitpflege. Dort werden die Pflegeheime- und die Spitex-Leistungen geplant und auch strategisch entwickelt. Und dann gibt es vielleicht einen weniger expliziten Bezug in der Spitalplanung oder im Bereich der Aufsicht über die Gesundheitsberufe. Aber diese Themen kommen zum Tragen. Und sie lassen sich nicht isolieren und auf eine Person oder auf eine Stelle delegieren, weil eine vernetzte Versorgungsplanung und eine holistische Public Health-Politik nicht so einfach gemacht werden kann.

Zum Teil habe ich auch den Eindruck, dass Sie sehr fachliche oder gar akademische Erwartungen haben an so eine Stelle. Dafür ist aber nicht die Verwaltung der Ort, sondern dafür haben wir Ausbildungsbetriebe, wir haben das Bildungszentrum Gesundheit BZG und wir haben die FH Nordwestschweiz, sondern Bern, die in Basel Themen bearbeitet, und wir haben ein Institut für Pflegewissenschaften an der Universität Basel, das älteste in der Schweiz. Es hat eben letztes Jahr das 25-jährige Jubiläum gefeiert. Die haben die Kompetenz zu diesen inhaltlichen Themen und bringen diese auch in die öffentliche Diskussion ein. Das können und wollen wir nicht konkurrieren mit einer kantonalen Funktion.

Insofern glaube ich, ist es der bessere Ansatz, wenn wir diese Themen, die Sie zu Recht ansprechen, in der Anzugsform weiter bearbeiten und nicht diesen schwereren Weg mit Gesetzgebung und Motion beschreiten müssen. Sie müssten dann in der Umsetzung der Motion ohnehin gewärtigen, dass die organisatorische Ausgestaltung sich ausschliesslich im Kompetenzbereich des Regierungsrats befindet und insofern finde ich es nicht richtig, wenn man sich bereits hier im Saal über die organisatorische Anbindung einer solchen Funktion äussert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Melanie Eberhard, diese wird entgegengenommen.

Melanie Eberhard (SP): Sie haben jetzt verschiedene Institutionen beispielsweise eben auch aus der Forschung und der Bildung angesprochen. Gedenken Sie, diese dann auch aktiv einzubeziehen in die weitere Planung, weil es sind genau diese Stellen, mit denen ich ja auch im Austausch stand und mit denen ich gemeinsam diese Motion auch erarbeitet habe. Da spüre ich eine andere Haltung.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ja, da weisen Sie zu Recht darauf hin, dass wir in der Pflicht stehen. Das ist meine Absicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Melanie Eberhard beantragt Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008226, 21.01.26 16:50:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Überweisung an den Regierungsrat als Anzug.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Anzug entschieden mit 46 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Sie haben den Anzug dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

Wir haben einen Ordnungsantrag auf dem Tisch. Traktandum 66 ging verloren, dass da andere Anträge gestellt werden sollen. Wir stimmen darüber ab, ob wir nochmal in das Geschäft eintauchen. Es braucht ein Zweidrittelsmehr. Ich starte die Abstimmung.

2/3-Abstimmung

JA heisst Wiedererwägung Traktandum 66, NEIN heisst keine Wiedererwägung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 19 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008229, 21.01.26 16:51:41]

Der Grosse Rat beschliesst

Wiedererwägung von Traktandum 66.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sehr geehrte Frau Statthalterin, liebe Gianna, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates, sehr geehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte, sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates, lieber Stefan, sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes und der Staatskanzlei, sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter, sehr geehrte Menschen an den Bildschirmen, liebe Familien und Freunde und Freundinnen. Vor exakt 350 Tagen sass ich hier an diesem Pult. Ich erinnere mich gut an diesen Moment. Der Saal war wie heute gefüllt, die Erwartungen waren spürbar und ich blickte mit einer Mischung aus Vorfreude und Respekt in Ihre Gesichter. Damals stellte ich Ihnen eine Frage, die mich seither nicht mehr losgelassen hat. Sie hat mich auch durch das ganze Amtsjahr begleitet. Haben Sie heute Morgen bereits eine Brücke überquert? Damals war diese Frage eine Einladung. Sie war der gedankliche Auftakt zu einem Amtsjahr, das ich ganz bewusst und mit voller Überzeugung unter das Motto Brücken bauen gestellt habe. Ich habe damals von Troubled Waters gesprochen, ich habe Simon & Garfunkel zitiert, nicht aus musikalischer Nostalgie, sondern weil das Bild des aufgewühlten Wassers der stürmischen See die Stimmung unserer Zeit so treffend beschreibt.

Wir leben in Zeiten, in denen Gewissheiten schwinden, in Zeiten, in denen wir Stabilität nicht mehr als gegeben voraussetzen können, sondern sie uns jeden Tag neu erarbeiten müssen. Ich sah das Brückenbauen nie als eine technokratische Bauanleitung für Ingenieure, ich sah es als einen dringenden gesellschaftlichen, ja zutiefst politischen Auftrag an uns alle. In einer Welt, in der die Algorithmen der sozialen Medien uns in Echokammern isolieren, in einer Zeit, in der die Gräben zwischen denen da oben und den da unten, zwischen Stadt und Land, zwischen Tradition und Moderne tiefer zu werden scheinen, wollte ich ein Zeichen setzen. Wenn die Töne schriller werden und die Geduldsfäden kürzer, dann ist es die nobelste Aufgabe der Politik, das Verbindende über das Trennende zu stellen.

Heute sitze ich wieder hier, der Kreis schliesst sich, das Amtsjahr neigt sich dem Ende zu und die Metapher hat sich gewandelt. Ich habe nicht mehr den frischen Bauplan in der Hand, ich stehe nicht mehr am Reissbrett. Stattdessen trage ich einen Rucksack auf dem Rücken. Er ist schwer, aber es ist eine schöne Schwere. Er ist gefüllt mit einem Jahr voller Leben, voller Erlebnisse, voller Begegnungen und Erkenntnisse. Und wenn ich heute an diesem letzten Tag meiner Präsidentschaft auf die vergangenen zwölf Monate zurückblicke, dann tue ich das mit einer tiefen Dankbarkeit und einer wichtigen beruhigenden Erkenntnis: Die Brücken von Basel halten.

Als höchster Basler hatte ich in den vergangenen zwölf Jahren das grosse Privileg, unseren Kanton in einer Intensität und Dichte zu erleben, die man im normalen Alltag kaum für möglich hält und die man vielleicht auch nur einmal im Leben in dieser Form erfährt. Ich durfte in diesem Jahr rund 180 Anlässe besuchen. 180 Mal durfte ich hier hinausgehen, raus aus der Blase des Parlamentsbetriebs, hinein in die echte Welt.

Ich durfte eintauchen in die vielfältigen Realitäten unserer Stadt. Diese 180 Termine waren keine Pflichtübungen, sie waren 180 Lektionen in Staatskunde und Menschlichkeit. Es waren 180 Begegnungen mit den Menschen, die unsere 36,95 km² ausmachen, die diesem Kanton ihr Gesicht und ihren Charakter geben. Ich habe eine Tour de Bâle erlebt, die mir die Augen geöffnet hat für die unglaublichen Kontraste, die unsere Heimat prägen.



Ich war in jedem Quartier, vom tiefen Kleinbasel hinauf auf das Bruderholz oder Bettingen, von Riehen bis ins Bachletten. Ich habe die Stille erlebt und den Lärm. Ich stand in festlich geschmückten, holzgetäfelten Zunftsälen, in denen Jahrhunderte an Traditionen atmen, wo man Geschichte fast mit Händen greifen kann und wo Rituale gepflegt werden, die uns Halt geben in einer doch sehr schnellen Zeit. Und nur Stunden später sass ich vielleicht in den Gläsern moderner Sitzungszimmern von Firmen, wo die Zukunft gerade erst programmiert wird, wo künstliche Intelligenz und Life Sciences die Welt von morgen formen.

Ich durfte Hände schütteln auf staubigen Sportplätzen, wo Trainerinnen und Trainer bei Wind und Wetter Kindern beibringen, was Fair Play bedeutet. Ich war in unseren Kulturinstitutionen, in unseren Museen und Theatern, die Basel weit über die Landesgrenzen hinaus strahlen lassen. Ich war Gast bei religiösen Feiern unterschiedlichster Glaubensgemeinschaften und durfte spüren, dass der Glaube, egal in welcher Form, auch eine starke Brücke zwischen Menschen sein kann. Und ich war in den Einsatzzentralen und Wachen unserer Blaulichtorganisationen bei der Polizei und der Rettung, Orte, an denen Professionalität über Leben und Tod entscheidet.

Was habe ich bei dieser intensiven Reise an diesen 180 Stationen gelernt? Ich habe gelernt, dass eine Brücke, so elegant der Bogen auch geschwungen sein mag, nur so stark ist wie ihre Verankerung im Boden. Und der Boden unseres Kantons, das fundamentale Gestein, auf dem wir stehen, ist unglaublich solide. Es besteht nicht nur aus Beton und Asphalt, es besteht aus dem Engagement von tausenden Baslerinnen und Baslern, Rieherinnen und Riehener, Bettigerinnen und Bettigern.

Egal, wo ich hinkam, ob im kleinen, fast familiären Kreis eines Vereinsvorstands, der sich ehrenamtlich um die Quartierarbeit oder die Jugendförderung kümmert, oder vor der grossen internationalen Kulisse eines Jubiläums, überall habe ich denselben Geist gespürt, den Geist der Verantwortung. Ich bin Menschen begegnet, die nicht als erstes fragten, was kriege ich dafür oder lohnt sich das für mich, sondern ich bin Menschen begegnet, die sagen, ich mache das, weil es mir wichtig ist, ich mache das, weil es getan werden muss. Das Milizsystem und das Ehrenamt, diese zwei Säulen unserer Schweizer Identität, die mir politisch wie persönlich sehr am Herzen liegen, sind keine theoretischen verstaubten Konzepte aus dem Staatskundebuch. Sie sind lebendig, sie sind der Mörtel, der diese 180 Mosaiksteine, die ich besuchen durfte, zu einem stabilen Gesamtbild zusammenhält.

Ohne die Menschen, die nach dem Feierabend ihre Uniform anziehen, um für unsere Sicherheit zu sorgen, ohne die, die stundenlangen Instrumente üben oder Larven basteln, um an der Basler Fasnacht Freude zu verbreiten, ohne jene, die sich in sozialen Stiftungen für Schwächere einsetzen oder in der Nachbarschaftshilfe tätig sind, ohne sie alle würde das Bauwerk Basel Risse bekommen. Es würde instabil. Ihnen allen, diesen Tausenden von stillen Brückenbauerinnen und Brückenbauern gebührt mein und unser allertiefster Respekt. Diese 180 Anlässe waren für mich 180 Beweise dafür, dass unsere Zivilgesellschaft lebt, atmet und trägt.

Und hier im Saal, wie steht es um unsere Brücken? Wir haben in diesem Jahr auch hier drin unermüdlich gebaut, zugegeben, wenn wir ehrlich sind, unsere Konstruktionen waren nicht immer von ästhetischer Eleganz, nicht jede Debatte war eine Golden Gate Bridge. Manchmal waren es pragmatische Notstege, um ein dringendes Problem zu überbrücken, manchmal waren es mühsame Pontonbrücken im stürmischen Wasser, schwankend und unsicher, bei denen wir um jeden Meter ringen mussten, um ans andere Ufer zu gelangen. Ja, wir haben gestritten, wir haben hart in der Sache diskutiert, wir haben um Lösungen gerungen, wir haben uns nichts geschenkt und wissen Sie was? Das ist gut so.

Eine Demokratie, die nicht streitet, ist tot. Eine Demokratie, die Harmonie vortäuscht, wo Interessenkonflikte bestehen, ist unehrlich. Ich habe in meiner Antrittsrede das Bild der Dehnungsfuge verwendet. Eine Brücke aus Stahlbeton ohne Dehnungsfugen wird beim ersten Frost oder bei der ersten grossen Hitze reissen. Sie braucht Spielraum. Es braucht Platz für Spannung. Unser Parlament ist diese Dehnungsfuge unserer Gesellschaft. Hier müssen Spannungen ausgehalten werden, damit sie draussen auf der Strasse nicht zur Spaltung führen.

Aber entscheidend ist eines: Wir haben uns meistens am anderen Ufer wiedergefunden. Wir haben bewiesen, dass der politische Diskurs in Basel-Stadt trotz unterschiedlichen Meinungen, trotz unterschiedlichen Ideologien von Anstand und Respekt getragen sein kann. Wir haben gezeigt, dass man hart in der Sache sein kann, ohne die Brücken zum Gegenüber einzureissen, dass man den politischen Gegner kritisieren kann, ohne ihn als Feind zu betrachten. Dafür, für diese politische Kultur, die in der heutigen Welt alles andere als selbstverständlich ist, danke ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein solches Jahr, ein solches Pensum mit 180 Terminen und unzähligen Sitzungen bewältigt man nicht allein. Auch der stabilste Brückenpfeiler braucht einen Untergrund, der ihn trägt. Auch der Präsident braucht Menschen, die ihn stützen, wenn er müde ist, und die ihn korrigieren, wenn er mal falsch liegt. Mein Dank gilt heute jenen Personen, die mir den Rücken gestärkt haben, damit ich dieses Pensum überhaupt stemmen konnte.

Allen voran Jessica. Du warst mein Anker, wenn es draussen stürmisch war. Du hast mir den Rücken freigehalten und mir die Kraft gegeben, dieses Amt mit voller Freude auszuführen. Danke für deine Geduld und dein Verständnis.

Ich danke meiner Statthalterin Gianna und dem gesamten Ratsbüro für die kollegiale Zusammenarbeit. Wir waren ein Team und die Unterstützung bei der Sitzungsleitung war für mich unersetzlich. Es war auch hier ein Miteinander und kein Gegeneinander.



Ein ganz besonders tief empfundener Dank geht an den Parlamentsdienst. Ihr seid die Statikerinnen und Architekten im Hintergrund. Ihr seid die, die im Maschinenraum arbeiten, damit das Schiff auf Kurs bleibt. Ihr sorgt dafür, dass hier nichts einstürzt, dass die Abläufe stimmen, dass die Protokolle korrekt sind und ich mich voll und ganz auch auf meine anderen Aufgaben konzentrieren kann. Eure Professionalität, eure Diskretion und eure Loyalität sind das Rückgrat des Betriebs.

Ein grosser Dank gebührt auch meiner Arbeitgeberin Roche. Dass ein globales Unternehmen mir den nötigen Freiraum gibt, dieses anspruchsvolle und zeitintensive Amt auszufüllen, ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist ein starkes Zeichen für die funktionierende Partnerschaft und die tiefe Verbindung von Wirtschaft und Politik in unserer Stadt. Es ist das Bekenntnis zum Standort Basel und zum sehr wichtigen Milizsystem, das darauf angewiesen ist, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dieses Engagement überhaupt mittragen.

Ganz besonders danke ich auch meinem privaten Umfeld und meinen Freundinnen und Freunden. Sie mussten in diesem Jahr sehr oft auf mich verzichten. Der Balz ist schon wieder weg, hiess es wohl oft. Wenn ich abends noch zu einem Grusswort eilte, wenn ich am Wochenende an Zunftanlässen oder Vernissagen war, haben Sie mir auch den Rücken freigehalten. Ihr seid meine persönliche Hängebrücke, die mich auch über tiefe Täler sicher trägt. Ohne dieses private Netz würde man in der Öffentlichkeit fallen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kreis schliesst sich nun endgültig. Ich gebe den Stab oder die Glocke oder, wie im Bild meiner Präsidentschaft zu bleiben, den Bauhelm nun weiter. Ich verlasse dieses Pult gleich als nicht mehr höchster Basler, sondern kehre zurück in die Reihen als einer von Ihnen. Ich werde wieder Grossrat Herter sein, das bedeutet auch, ich gewinne meine politische Stimme zurück. Als Präsident ist man der Zurückhaltung verpflichtet, man moderiert, man repräsentiert, man muss oft auf die Zunge beißen, wo man gerne mitreden möchte. Ich freue mich darauf, nun wieder Debatten zu führen, ich freue mich darauf, Anträge zu stellen und ja, ich werde etwas parteipolitischer argumentieren, etwas pointierter auftreten, als es mir in diesem Jahr mit der überparteilichen Repräsentation möglich und auch gestattet war.

Ich tue dies aber mit einer grossen Portion Demut und Dankbarkeit. Es war mir eine ganz grosse Ehre, Ihr Präsident zu sein, es war mir eine Ehre, diese wunderbare Stadt und den Kanton 180 Mal repräsentieren zu dürfen. Jede einzelne Begegnung hat sich in mein Gedächtnis eingebrennt.

Ich möchte Sie zum Abschied ermutigen, ja, auffordern, lassen Sie uns auch in Zukunft mutig sein. Die Welt um uns herum wird nicht einfacher, wir sehen das jeden Tag in den Medien. Die Herausforderungen für Basel, für unseren Wirtschaftsstandort, für unseren sozialen Zusammenhalt werden nicht kleiner. Lassen Sie uns in diesem Moment nicht den einfachen Weg wählen. Lassen Sie uns nicht Mauern hochziehen, wenn es schwierig wird. Lassen Sie uns nicht die Schotten dichtmachen, wenn uns die Argumente des anderen nicht passen.

Lassen Sie uns weiter an den Verbindungen arbeiten. Investieren wir in den Unterhalt unserer gesellschaftlichen Brücken. Pflegen wir den Dialog, auch wenn er anstrengend ist, denn, und das hat sich im letzten Jahr bei jeder einzelnen meiner 180 Besuchen bestätigt, sei es am höchsten Feiertag oder am kleinsten Quartierfest, die Aussicht von der Mitte der Brücke, der Blick auf das gemeinsame Ganze, der Blick, der beide Ufer sieht, verbindet und ist immer noch die schönste Perspektive, die wir haben können. Tragen wir Sorge zu Basel, bauen wir weiter.

Hiermit schliesse ich das erste Amtsjahr der 45. Legislatur.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bedanke mich ganz herzlich und freue mich, Sie nachher wieder zu treffen.

Schluss der 50. Sitzung

17:20 Uhr